

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Kundfunk“, „Sozialistische Literatur-Kundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditoren, Bismarckstr. 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5 und Neue Laubstr. 11, sowie durch alle Kurträger zu beziehen. — Bezugspreis: Im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rml. + 8 Pf. Trägertohn. — 0.50 Rml. monatlich 1.75 Rml. + 36 Pf. Trägertohn. — 2.10 Rml. Durch die Post einzeln. Zustellungsgebühren 2.40 Rml.

Organ für die werttätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: 24 Zeilen für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 75 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Steckbriefe, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 6 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormitags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Bismarckstr. 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unserlang: eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Der große Raketenjammer.

Im Zentrum und in der Reichsregierung.

Kr. Vor ein paar Tagen haben wir hier eine Aeußerung eines Zentrumsblattes wiedergegeben, die noch schärfere Kritik an der Tannenberg-Rede Hindenburgs übte, als wir das seinerzeit taten. Es handelt sich um die „Hein-Mainische Volkszeitung“, das Blatt der Zentrumsparlei in Frankfurt a. M. und Organ des Reichstagsabgeordneten des Zentrums, Prof. Dr. Dessauer. Dem hiesigen Zentrumsblattchen war diese Feststellung so peinlich, daß es in ein hysterisches Getreisch ausbrach und in verlogener Demagogie von einer Irreführung durch uns sprach, obwohl es nicht abstreiten konnte, daß es sich tatsächlich um ein Zentrumsblatt handelte, und obwohl es auch das Zitat selbst nicht anzweifeln konnte. In seiner ganzen Lächerlichkeit erstrahlt dieses Verhalten aber erst jetzt, da sich zeigt, daß auch sonst im Zentrum die Erkenntnis um sich greift, ein wech furchtbarer Fehler sowohl die Rede Hindenburgs bei der Tannenbergfeier als auch das Verhalten der Reichsregierung, sowohl des Kanzlers Marx als auch des Reichsaußenministers Stresemann, war. Das geht mit großer Deutlichkeit hervor aus folgenden Ausführungen, die der dem Zentrum nahestehende „Reichsdienst der Deutschen Presse“ jetzt macht. Er schreibt:

Das politische Berlin scheint auf die ersten Meldungen aus Paris und Brüssel die Sprache verloren zu haben. Das ist verständlich. Erfolgte doch die Erklärung des Reichspräsidenten von Hindenburg zur Kriegsschuldfrage ungleich mehr aus innerpolitischen Gründen, wie aus auherpolitischen Erwägungen. Sie war ein Zugeständnis an die Deutschnationalen im Reichskabinett, an das Agitationsbedürfnis der Rechtsparteien und an den Deutschnationalen Parteitag in Königsberg, der unmittelbar auf die Enthüllung des Tannenbergdenkmals folgte. Das war gründlich mißgefallen.

Wir haben schon einmal bedauert, daß der Reichskanzler und der Reichsaußenminister den Herrn Reichspräsidenten zu einer Zeit eine feierliche Erklärung über die Kriegsschuldfrage abgeben ließen, die sie selber nicht abgegeben hätten. Reichskanzler Marx trägt politisch und parlamentarisch die Verantwortung für die unheilvollen Auswirkungen der Tannenbergrede. Reichsaußenminister Dr. Stresemann mußte die außenpolitischen Folgen übersehen und dem Unheil steuern. Er hat es nicht getan. Sein Verzicht, dem drohenden Unheil die Spitze abzugeben, scheiterte. Die Träger der Vornachricht haben durch eigene Schuld ihr internationales Ansehen untergeben.

Das ist wiederum eine vollständige Bekräftigung dessen, was wir hier ausgeführt haben. Immer weitere Kreise auch des Bürgertums bekennen sich zu der Meinung, die wir von vornherein vertreten haben und um deren willen man uns zuerst angegriffen hat. An sich könnten wir uns darüber ja freuen. Aber das will uns nicht gelingen, weil wir kein Vertrauen in diese Kreise des Bürgertums haben. Sie werden bei dem nächsten Hurzarummel aus Mangel an Zivilcourage ja doch wieder umfallen und in das Geheul der Nationalisten mit einstimmen.

Ja, nicht nur im Zentrum wächst offenbar die Einsicht, sie scheint auch langsam in den Kreisen der Reichsregierung selbst einzuleben. Dafür liefert die Haltung der Reichspresse den Beweis. Sie, die sich zuerst vor Begeisterung über Hindenburg und Stresemann nicht zu halten wußte, die auf die scharfen Antworten der Entenminister mit groben Frechheiten antwortete, ist über Nacht ganz still geworden, und zwar obwohl inzwischen Poincaré eine neue Rede hielt, die sie schwer reizen mußte. Mit Recht vermutet deshalb der „Vorwärts“, daß die Meute zurückgepfiffen ist, daß sie auf höheres Kommando schweigen.

Das kann nicht Wunder nehmen. Denn es ist ja ein offenes Geheimnis, daß die Stimmung nicht nur in Genf, sondern überhaupt zwischen Deutschland und den sogenannten Locarno-mächten durch diesen neuen von Deutschland herbeigerufenen Zwischenfall getrübt worden ist. Dafür kann als neuer Beweis die plötzliche, unvorhergesehene Abreise Briands aus Genf angesehen werden. Briand hat nämlich, wie es scheint, auf Grund eines Winkes aus Paris, seine Dispositionen ganz plötzlich geändert und ist nun einen vollen Tag früher abgereist als vorgesehen war. Wahrscheinlich sollten dadurch weitere mündliche Verhandlungen mit Stresemann unmöglich gemacht werden. Man traut ihm in Frankreich wegen seiner zwiespältigen Politik offenbar nicht mehr und hat erkannt, daß er zum mindesten nicht die Kraft zu einer geraden christlichen Politik Frankreich gegenüber hat.

So zeigt sich, daß diese ganze Kriegsschulddebatte nur auf eine neue, auch diesmal selbstverschuldetes Fund von den Rechtsparteien herbeigeführte Demütigung Deutschlands hinausläuft. Denn wie ist die Sachlage nunmehr in Wirklichkeit? Die deutschnationalen Minister und Parteihauptlinge erzwingen zuerst aus

agitatoren Rückfichten von der Marx-Regierung und dem Reichspräsidenten eine provozierende Rede in der Kriegsschuldfrage. Der Reichspräsident hält seine Tannenberg-Rede. Das Echo im Ausland ist erschreckend. Einstimmig wird die Erklärung Hindenburgs aufs schärfste zurückgewiesen. Alles ruft: „Das ist eine Lüge!“ Und was nun? Die Debatte wird deutscherseits geschlossen! Sie muß geschlossen werden, will man nicht in große, neue Schwierigkeiten geraten. Die Demütigung ist offensichtlich, zähneknirschend muß man auf die neuen Beschuldigungen des Auslands hinnehmen, die man selbst erst provoziert hat. Und das ist nun schon der dritte Fall, in dem das Gehör der Rechten und die Reden der von ihr erpöckten Regierungsstellen zu einer solchen Demütigung Deutschlands in der Kriegsschuldfrage führen. Kann man bei dieser Sachlage dem „Vorwärts“ unrecht geben, wenn er diese Leute als politische Masochisten bezeichnet?

Man endlich wird sich der an sich einsichtige Teil des deutschen Bürgertums dazu aufrufen, endlich einmal gerade zu stehen und Rückgrat zu zeigen in diesen Fragen? Wann endlich wird er die Zivilcourage aufbringen, auch einmal sich als national unzuverlässig bezeichnen zu lassen von den nationalisistischen Hehern? Wann endlich wird er den Mut haben, gegen einen Götzendienst aufzutreten, der seinem Feind gilt? Unsere Hoffnung ist gering, daß das jemals eintreten wird. Mehr Hoffnung haben wir, daß die Wählerchaft bei den nächsten Wahlen diese Halben ebenso zur Rechten bringt wie die nationalisistischen Heher.

Ein nachahmenswerter Beschluß

Weimar und die Reichsflagge.

Die Weimarer Stadtvorordnetenversammlung (Stadtrat) hat in ihrer letzten Sitzung auf Antrag der Sozialdemokratie beschlossen, daß Stadtvorstand und Stadtrat sich nur bei Festen und Veranstaltungen vertreten lassen dürfen, bei denen die schwarz-rot-goldene Reichsflagge gezeigt wird. Und was wird Breslau tun?

Das „Flaggenlied“ des Werf eines Juden.

In Verbindung mit der völkischen Feststellung, daß es sich beim Tannenbergdenkmal um ein „Jehovadenkmal“ handele, teilt die „Völkische Zeitung“ mit, daß der Führer des ostpreussischen Stahlhelms, Graf Eulenburg-Wicken, einen Kranz mit schwarz-weiß-roter Schleiße bei der Einweihungsfeier niederlegte und dazu die Worte sprach: „Dir wollen wir unser Leben weihen, der Flagge schwarz-weiß-rot.“ Das Blatt erinnert daran, daß diese Worte von dem verstorbenen jüdischen Singel-Lied-Dichter Robert Lindner stammen, der das „Flaggenlied“ vor 40 Jahren als Schlagert für seine Gesangsposse „Unsere Marine“ dichtete.

Ende der Session des Völkerbundsrats.

Stresemann nach Paris abgereist.

Genf, 28. September. (Eig. Drahtbericht.) Der Völkerbundsrat beendete am Mittwoch seine September-Session mit der Vertagung der Saamis-Affäre auf Dezember. In der Zwischenzeit soll die juristische Seite dieser Affäre eingehend geprüft werden. — Die deutsche Delegation ist zum großen Teil am Mittwoch abend 6 Uhr nach Berlin abgereist.

Auch die Reichsbahnbeamten erhalten Vorschuß.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn beschloß, nach den vom Reich aufgestellten Grundzügen vom 1. Oktober ab auch den Vorschußzahlungen an die Reichsbahnbeamten zu leisten, bis die endgültige Regelung feststeht. Tarifserhöhungen sollen in diesem Jahre nicht mehr nötig sein.

Der Fall Kalamiti.

Widerprechende Gerüchte. — Werden die Schuldenverhandlungen fixiert?

Paris, 28. September. (Eig. Drahtbericht.) Ueber den Fall Kalamiti gehen die widerprechenden Gerüchte durch die Presse. Mehrere Blätter halten die Reportage aufrecht, daß die Sowjetregierung kategorisch erwidert haben sei, ihren Vorschlag abzugeben, andere lassen sich aus Moskau melden, die Sowjetregierung wolgere sich diesem Ersuchen Folge zu leisten. Einige Blätter behaupten außerdem, daß die französische Delegation zur Prüfung der russischen Vorschläge in der Schuldfrage am Mittwoch zusammengetreten sei. Tatsächlich hat diese Sitzung nicht stattgefunden, und es scheint, daß keinerlei derartige Prüfung erfolgen wird, solange nicht die politische Seite der Angelegenheit und besonders der Fall Kalamiti zwischen Paris und Moskau endgültig geklärt ist.

Die wahre Natur der Kriegsschuldfrage.

Ein Wort für volle Volksaufklärung.

Von Eduard Bernstein.

In einem Teil der sozialistischen Presse stoße ich bei der sehr berechtigten Kritik, der die Kriegsschuld betreffenden Stelle der Ansprache, die Reichspräsident von Hindenburg bei der Tannenbergfeier gehalten hat, auf einen Irrtum, den richtig zu stellen ein wichtiges Interesse des Kampfes für die innere Festigung und folgerichtig demokratische Fortentwicklung der deutschen Republik ist.

Dieser Irrtum besteht in der Annahme, daß das Wort „Alleinschuld Deutschlands“, gegen das Herr von Hindenburg feierliche Vermahnung einlegen zu müssen glaubte (hier unterläuft dem Genossen B. ein kleiner Irrtum, Hindenburg hat sogar jede Schuld Deutschlands am Kriege bestritten. Das ist das Unglaubliche! Red. d. „Volksw.“), wirklich im Friedensratik von Versailles steht. Das ist aber nicht der Fall. Nirgends wird man in dieser Urkunde das Wort „Alleinschuld“ finden. Ja, selbst das Wort „Schuld“ fehlt in ihr. Der die Frage der Haftbarkeit für die durch den Krieg verursachten Schäden behandelnde Artikel 231 des Vertrages lautet nämlich:

„Die alliierten und die ihnen assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als die Urheber verantwortlich sind für alle Verluste und alle Schäden, welche die alliierten und die ihnen assoziierten Regierungen und ihre Völker durch den Krieg erlitten haben, der ihnen durch den Angriff von Deutschland und seinen Verbündeten auferlegt worden ist.“

In der Sprache der Diplomatie Unerfahrene werden vielleicht sagen, das sei doch in der Sache das Gleiche wie die Anklage auf Alleinschuld. Das ist aber nicht der Fall. Schon das Wort „Schuld“ ist ein viel umfassenderer Begriff als das Wort Verantwortung, das einen ganz konkreten Sinn hat. Im Wort Schuld ist stets ein moralisches Urteil inbegriffen, im Wort Verantwortung nicht. Außerdem kann eine Schuld oder Mitschuld auch vorliegen, wo ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem eingetretenen Ereignis — in diesem Fall also der Krieg — nicht gegeben war. So ist zum Beispiel von verschiedenen Deuten Englands damaliger Minister des Auheren, Sir Edward Grey, für „mitschuldig“ am Krieg erklärt worden, weil er Deutschland im Kriegfall an die Seite Frankreichs und Rußlands treten werde. Das stimmt nun zwar nicht ganz, aber das im Unterlassen einer Warnung zur rechten Zeit eine Schuld liegen kann, ist unbestreitbar.

Außerdem steht in dem Artikel kein Wort vom deutschen Volk, er spricht lediglich von Deutschland als politischer Einheit, das 1914 ein Reich mit einem Monarchen — dem Kaiser — an der Spitze war, dem nach der Verfassung dieses Reiches das Recht zustand, in dessen Namen Krieg zu erklären. Wie es denn auch in der von Deutschland aus den Krieg eröffnenden Kriegserklärung Deutschlands an Rußland vom 1. August 1914, die der deutsche Gesandte in Petersburg überreichte, ausdrücklich heißt:

„Der Kaiser, mein erhabener Herr und Gebieter, nimmt die Herausforderung an, und erklärt sich im Krieg mit Rußland.“

Man beachte, der Kaiser erklärte sich im Krieg, als ob er das Land war. Und in dem Punkt, worauf es bei dieser Betrachtung ankommt, entbehrt das nicht jeder Logik. So wenig wie in Oesterreich-Ungarn bei dessen Wocher vorher erfolgter Kriegserklärung gegen Serbien, ist in Deutschland bei dieser Kriegserklärung und bei der am 3. August 1914 erfolgten Kriegserklärung an Frankreich das Volk oder auch nur die Volkserziehung — der Reichstag — gefragt worden. Einzig vom damaligen Bundesrat, der Vertretung der mit drei Ausnahmen monarchischen Staatsregierungen, hat Wilhelm II. sich die Zustimmung eingeholt. Er, der Bundesrat und die Militärs, die mit ihrem Rücktritt drohten, wenn der Krieg nicht erklärt werde, trugen für ihn die politische Verantwortung.

Man muß das festhalten, um das falsche Spiel zu durchschauen, das die deutschen Nationalisten treiben, wenn sie immer wieder dem Volk predigen, der Versailles Vertrag bestialisch, indem er es für Kriegsschuldig — sogar für „alleinverursachend“ erkläre. In dieser Form ist die Behauptung selbst eine Lüge.

Gewiß trifft der Versailles Vertrag in seinen Bestimmungen das deutsche Volk sehr schwer. Aber dies deshalb, weil in der Politik das Volk, mag es auch noch so unschuldig sein, für die Handlungen seiner Regierer haftbar gemacht wird. Wie das schon vor ziemlich weitläufigen Jahren der römische Dichter Horaz in dem Vers aussprach:

Quodcumq; delirant reges plectuntur Achivi —
(Was immer die Könige im Wahnsinn tun haben die Völker — das Volk — auszuhalten)

Dadurch, daß man dem deutschen Volk einredet, der Versailles Vertrag erkläre es für den Krieg alleinverursachend, erzielt man, daß breite Massen deselben sich dem Wahn hingeben, durch Bestreiten

Die Furcht der Verbrecher.

Die bayerischen Deutschnationalen wollen die Untersuchung der Ereignisse des Jahres 1923 verhindern.

München, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Untersuchungsausschuss des bayerischen Landtages über die Vorgänge des Jahres 1923 bildet gegenwärtig die größte Sorge der bayerischen Regierungsparteien. Aus Furcht vor der Wahrheit, die eine Reihe von hochgestellten Persönlichkeiten der Regierung auf schwersten Blößen setzen, suchen die Deutschnationalen die praktische Untersuchungsausschussarbeit des Ausschusses unmöglich zu machen. Zu diesem Zweck wurde eine Sitzung der Koalitionsparteien einberufen, die über den deutschnationalen Vorschlag diskutierten, die Öffentlichkeit von den Ausschussverhandlungen völlig auszuschließen und vor allem, ob es nicht möglich wäre, die Berichterstattung überhaupt zu verhindern. Die Angst der Schildebuckler vor der Öffentlichkeit der Berichterstattung ist zweifellos nicht ganz unberechtigt, denn diese sind zwei Abgeordnete, die nicht nur in ihrer Eigenschaft als Politiker, sondern als tüchtige Juristen durchaus in der Lage sind, an Hand des ungeheuren Aktenmaterials die verbrecherischen Taten der Regierung zu rekonstruieren und ihre Zusammenhänge, die von der deutschnationalen Justiz unter die Gitter genommen wurden, bis in alle Einzelheiten zu erkennen und aufzuklären. Bei dem Versuch, jede Klärung abzuwehren, wollen die Deutschnationalen sogar so weit gehen, die bayerische Volkspartei für einen Missetatersbeschluss zu gewinnen, der einfach feststellen soll, daß der Untersuchungsausschuss seine Tätigkeit für beendet erklärt, da es nichts zu untersuchen gäbe.

Trotz der Blutsverwandtschaft dieser beiden Parteien, die ihre gemeinsame Reaktionspolitik der letzten sechs Jahre hervorgerufen hat, ist es aber nicht wahrscheinlich, daß sich die bayerische Volkspartei so knapp vor schmerzlichen Wahlschicksalen der deutschnationalen Forderung fügen wird, da sie mit einer zunehmenden Opposition in den eigenen Reihen mehr und mehr zu rechnen hat.

Quertreiber des Herrn von Reudell.

Er will Herrn v. Gahl zum Reichskommissar für Ostpreußen machen.

Der Reichskanzler hat während seines letzten Aufenthaltes in Königsberg u. a. die Schaffung eines Reichskommissariats für Ostpreußen in Aussicht gestellt. Dieses Kommissariat wird dem Reichsministerium des Innern angegliedert werden. Es soll nach den Wünschen der ostpreussischen Junker zweifellos den Zweck haben, die Beziehungen zwischen dem reaktionären Ostpreußen und der reaktionären Reichsregierung enger zu gestalten, um so die Anordnungen der republikanischen preussischen Regierung nach Möglichkeit zu sabotieren. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, klingt es sehr wahrscheinlich, daß der deutsch-nationale Reichsminister des Innern im Auftrag seiner Partei den Plan begt, seinem Parteifreund, Freiherrn v. Gahl, die Leitung des hochwichtigen Kommissariats zu übergeben.

In maßgebenden Regierungskreisen des Reiches und in Preußen ist davon zwar bisher nichts bekannt, aber das besagt nichts gegen die Pläne des Herrn v. Reudell. Nebenfalls dürfte die preussische Regierung dem Reudell, dem eifrigsten Kämpfer in dem Kampf gegen sie in Gestalt eines Reichskommissars offiziell mit der Sabotage der preussischen Anordnungen zu betrauen, entschieden Widerstand leisten. Von maßgebender Seite der Wilhelmstraße wird uns hierzu übrigens berichtet, daß Preußen ihrer Unterstützung sicher sein kann, sobald Reudell offiziell mit dem behaupteten Plan im Kabinett auftauchen sollte. Angeblich ist gar nicht daran zu denken, daß v. Gahl das Amt eines Reichskommissars für Ostpreußen übertragen wird.

Reichsgericht gegen Reichstag.

Ein Konflikt wegen des Prozesses gegen die frühere Zentrale der KPD.

Vor dem Reichsgericht soll am 4. Oktober die Hauptverhandlung in dem Hochverratsverfahren gegen die kommunistische Zentrale beginnen, das auf das Jahr 1923 zurückgeht. Ob der Prozeß, dessen Dauer auf drei bis vier Monate angesetzt ist, wirklich zustandekommt, steht noch nicht fest. Zwischen dem Reichstag und dem Reichsgericht bestehen widerstreitende Auffassungen über die Prozeßführung gegen mehrere kommunistische Reichstagsabgeordnete, die in das Verfahren verwickelt sind. Die kommunistische Reichstagsfraktion ist bei dem Vorstehenden des Geschäftsordnungsausschusses des Reichstages, dem Abg. Dittmann, vorzeitig geworden. Das Reichsgericht hat nämlich einen Antrag auf Vertagung des Prozesses mit dem Hinweis darauf, daß bald der Reichstag beginnt und wichtige Ausschüsse ihre Beratungen bereits aufgenommen haben, abgelehnt. Im Gegensatz zum Reichsgericht vertritt der Vorstehende des Geschäftsordnungsausschusses die Auffassung, daß es die Meinung des Reichstages gewesen sei, der Prozeß solle während der Sommerferien des Reichstages durchgeführt werden. Dieser Auffassung hat das Reichsgericht jedoch nicht Rechnung getragen.

Wieder ein Klassenurteil.

Ein drastisches Urteil gegen einen Redakteur.

Das erweiterte Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Redakteur der Welt am Abend, Alfred Hürtig, wegen Beleidigung des rechtsprechenden Landgerichtsdirektors Bombe zu der außerordentlich hohen Strafe von 5 Monaten Gefängnis. Die Beleidigung wurde in einem Artikel des in kommunistischen Jahrgangern fegehenden Berliner Blattes erblickt. Der Angeklagte verzichtete darauf, für seine Behauptungen, die im Zusammenhang mit der Jürgen-saffäre vorgebracht wurden, den Wahrheitsbeweis anzutreten.

Grundsätzliche Einigung über die preussische Besoldungsreform.

Berlin, 28. September. Das preussische Kabinett hat seine Beratungen über die Besoldungsreform wieder aufgenommen. Wie wir erfahren, wurde hierbei eine grundsätzliche Einigung erzielt. Die noch ausstehenden Punkte werden voraussichtlich durch Besprechungen der Chefs und der Referenten ihre Erledigung finden können.

Wirtschaftskrise in Italien.

Große Arbeitslosigkeit in Norditalien.

Rom, 28. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Blätter melden aus Mailand, daß die Arbeitslosigkeit in der Stadt und in der Lombardie außerordentlich um sich gegriffen habe. Die Zahl der Arbeitslosen betrage in Mailand und Umgebung rund 600 000. Besonders betroffen sei die Metallindustrie. Ähnlich sehe es in den anderen Städten Norditaliens aus. Die Automobilfabrik Fiat in Turin, die normalerweise 15 bis 20 000 Personen beschäftigt, habe mehr als die Hälfte ihrer Arbeiter entlassen müssen.

Polens Vertragsverhandlungen mit den Nachbarländern.

Warschau, 28. September. Die Warschauer Presse veröffentlicht eine halbamtliche Mitteilung, daß die Botschafternahe diplomatische Besprechungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag bisher nur allgemeinen Charakter gehabt haben, ohne die Einzelheiten zu berühren. Nach einer weiteren hal-

amtlichen Mitteilung hat der polnische Gesandte in Moskau, Gaiel, mit Tschiljerski ein Protokoll über die beiden Punkte des geplanten deutsch-polnischen Handelsvertrages ausgearbeitet, in welchem eine Einigung erzielt worden ist. Der „Expresz Poranny“ stellt mit Bedauern fest, daß die Idee eines deutsch-polnischen Kollektivvertrages „offenbar begraben worden ist“.

Wirtschaft.

Die Reichsbank gegen die deutsche Wirtschaft.

Um die Preußenanleihe.

Uns wird geschrieben: Die Durchführung der amerikanischen Anleihe des Freikaufes Preußen, die einen Kredit in Höhe von rund 120 Millionen Mark zum Hafenausbau usw. vorsieht, ist im letzten Augenblick auf Schwierigkeiten gestoßen. Die Anleihe ist mit dem amerikanischen Bankhaus Harris, Forbes & Co. abgeschlossen und hat auch bereits die mündliche Zustimmung des Washingtoner Staatsdepartements erhalten. Damit hat die amerikanische Regierung die Anleihe bereits als produktiv anerkannt. Im letzten Augenblick aber gab es Schwierigkeiten hinsichtlich der formellen Zustimmung des Staatsdepartements.

Aus welchen Gründen heraus sich die Zustimmung verzögert hat, ist nicht klar ersichtlich. Als die ganze Angelegenheit akut wurde, verwies man darauf, daß sich bei der Aufstellung des Projektes der preussischen Anleihe gewisse Schwierigkeiten ergeben haben, die auf den Versailler Vertrag zurückzuführen sind. Der Vertrag bestimmt nämlich im Artikel 248, daß u. a. die Bundesstaaten mit allem Vermögen usw. für die Reparationszahlungen haften. Praktisch ist dieser Artikel 248 durch die Regelung der Reparationszahlungen nach dem Dawesplan außer Kraft gesetzt. Bei der Auslegung anderer deutscher Völkerverträge in Amerika haben die Bestimmungen des Art. 248 im Versailler Vertrag auch keine Rolle gespielt.

Deshalb gewinnt die Auffassung an Wahrscheinlichkeit, daß das Washingtoner Staatsdepartement, im Gegensatz zu seiner früheren Einstellung, gegenwärtig die Preußenanleihe nicht mehr als produktiv ansieht. So unglücklich es ist, das doch der Ansicht gewisser und zwar maßgebender Stellen in Deutschland. Es ist kein Geheimnis, daß sich die Preußenanleihe auch in der beim Reichsfinanzministerium eingerichteten Beratungsstelle für Auslandsanleihen nicht unbegrenzter Sympathie erfreute, u. a. soll sie gegen die Stimmen der Vertreter der Reichsbank gutgeheißen worden sein. Man spricht auch davon, daß sich die Auffassung des Reparationsagenten über öffentliche deutsche Anleihen in Amerika der des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht sehr nähert und man hat in diesem Zusammenhang behauptet, daß seit dem letzten Besuch Parker Gilberts in Washington dort eine wesentliche Änderung gegenüber den Anleihen deutscher Länder, Gemeinden usw. als früher festzustellen ist. Zwischenzeitlich hat aber die Reichsbank in einer amtlichen Bekanntmachung betont, daß sich die Bank mit der Bedeutung der Bestimmungen des Versailler Vertrages hinsichtlich der Anleihen Preußens oder anderer Länder im Ausland in keiner Weise befaßt habe und die Reichsbank an seiner anderen Stelle außerhalb der Beratungsstelle zu der Preußenanleihe Stellung genommen hat.

Vorkäuflich kann nur die Klärung der ganzen Angelegenheit abgewartet werden, die hoffentlich in Kürze erfolgt. Stellt sich heraus, daß man dem Washingtoner Staatsdepartement eine verkehrte Einsehung über die Auslandsanleihen öffentlicher Stellen in Deutschland beigebracht hat, so hat man der deutschen Wirtschaft damit keinen Dienst erwiesen. Seit Monaten sind Auslandsanleihen in Amerika so etwas wie ein Stück heißes Eisen. Erst vor kurzem ist in einem summarischen Bericht des amerikanischen Handelsdepartements auf die Gefährlichkeit von Auslandsanleihen hingewiesen worden, die dem amerikanischen Warenablass nach dem Ausland Abbruch tun. Diese Auffassung wird besonders durch die amerikanische Wettbewerbsfähigkeit am liebsten gesehen würde, wenn die amerikanische Finanz möglichst wenig Anleihen nach den europäischen Konkurrenzländern gibt. Wenn nun die Reichsbank durchaus produktive Anleihen, die von der deutschen öffentlichen Wirtschaft in Amerika aufgenommen werden sollen, als unproduktiv bezeichnet, leitet sie schließlich nur Wasser auf die Mühlen der amerikanischen Anleihegegner, die unsere Konkurrenten auf dem Warenmarkt sind.

Daß die plötzlichen Einwendungen des amerikanischen Handelsdepartements Ausreden sind, hinter denen sich andere Motive verbergen müssen, geht schon daraus hervor, daß die von ihm produzierte Wirtschaftswissenschaft barer Unfug ist. Denn der Warenablass eines Landes nach dem Ausland wird durch die Begebung von Auslandsanleihen erfahrungsgemäß nicht gedrückt, sondern gesteigert. Kapitalexport ist sogar direkt ein Mittel zur Förderung des Warenexports. Nur wenn so viel Kapital in das Ausland geschickt wird, daß dadurch eine anormale Verknappung des Kapitals im Inland, eine Versteifung des Kapitalmarktes im Inland und ein anormales Steigen der Zinsen eintritt, das dann die Produktionskosten erhöht, kann eine Erschwerung des Warenexports möglich sein. Dazu bedarf es aber ganz außerordentlicher Verhältnisse, nämlich einer ganz exorbitanten Kapitalausfuhr. Es kann keine Rede davon sein, daß diese Verhältnisse in Amerika jetzt vorliegen oder daß Grund zu der Befürchtung besteht, sie könnten in absehbarer Zeit eintreten. Dazu müßte doch zunächst ein anormales Steigen des Zinsfußes in Amerika festzustellen worden sein. Das ist aber nicht der Fall.

Zunahme der Ruhrkohlenförderung.

Das Reichsstatistische Amt meldet für die dritte Septemberwoche eine starke Zunahme der Kohlenförderung im rheinisch-westfälischen Gebiet (arbeitsfähig rund 365 000 Tonnen gegenüber 355 000 Tonnen in der Vorwoche). Auf dem Arbeitsmarkt hielt die günstige Entwicklung an, wenn sich auch die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Kräften verringert hat. Nachschub gestiegen werden Arbeiter durch die Metall- und Maschinenindustrie, weiter auch durch die Textil- und die chemische Industrie. Für das Berufstätigenverhältnis wird eine Verbesserung gemeldet.

Berlängerung der Internationalen Rohstoffgemeinschaft.

In der Sitzung der Internationalen Rohstoffgemeinschaft (Internationaler Eisenpakt) sind einige recht wichtige Beschlüsse gefaßt worden. So hat man eine Berandung im Produktionsprogramm nicht vorgenommen. Es geht wie bisher eine Erzeugung von 29,267 Millionen Tonnen vor. Davon entfallen 43,18 Prozent auf die deutsche Erzeugung. Man kann die unterzeichnete Erzeugung dahin auslegen, daß man in Kreisen des Internationalen Eisenpakts gar nicht daran denkt, irgendwie den Export von luxemburgischem oder französischem Eisen den englischen Wünschen, die auf eine Zurückführung der festländischen Konkurrenz hinstreben, anzupassen.

Wichtiger als der Beschluß über die Beibehaltung des alten Produktionsprogramms ist ein anderer Beschluß der Gemeinschaft. Die auf deutschen Wunsch hin gemachte Unterabteilung für den deutschen Eisenablass auf dem Inland- und Auslandsmärkten wird beibehalten, und zwar unter fallen von der deutschen Quote 72 Prozent auf den Inlandmarkt. Übersteigt Deutschland seinen Inlandablass (72 Prozent), so ist für jede mehr produzierte Tonne eine Strafzahlung von 1 Dollar vorzulegen. Die Höhe, die früher 2 Dollar betrug, ist also ermäßigt worden. Probierzeit Deutschland über sein Inlandablass hinaus, so bleibt es bei der Strafzahlung von 4 Dollar pro Tonne. Aus dieser Regelung ist zu erwarten, daß die deutsche Eisenindustrie mit einer Fortdauer der gegenwärtigen Konjunktur rechnen kann.

Internationale Industriebesprechungen in London.

Der Reichsverband der englischen Industrie hat die entsprechenden Organisationen europäischer Länder zu einer gemeinsamen Industriebesprechung nach London eingeladen. Der Beginn der Besprechung ist auf Montag nächster Woche festgesetzt. In den Besprechungen nehmen außer Deutschland und Frankreich Holland, die Schweiz, Belgien, Schweden, Dänemark, Italien und die Tschechoslowakei teil. Wichtige Punkte der Besprechung werden die Verhältnisse auf dem internationalen Eisen- und Kohlenmarkt sein. Außerdem ist eine Erörterung der Mitarbeit in dem Wirtschaftskomitee des Völkerbundes vorgesehen.

Gewerkschaftsbewegung.

Streitbeschluss der Berliner Straßenbahner.

Das vollständige Ergebnis der Urabstimmung der Berliner Straßenbahner liegt nunmehr vor. Von 13 030 Beschäftigten haben sich 11 867 an der Abstimmung beteiligt. Da von den Beschäftigten die Kranken und Urlauber abgezogen sind, haben sich die Straßenbahner also fast reiflos an der Abstimmung beteiligt. Von den 11 867 Stimmen lauteten 11 178 für Streit, 683 für Arbeit, 38 waren ungültig.

Somit ist die Dreiviertelmehrheit nicht nur erreicht, sondern noch ganz erheblich überschritten worden. Man kann sagen, daß die Streikmehrheit — wenn man die Kranken und Urlauber in Rechnung stellt — über 90 Prozent beträgt.

Heute abend treten die Funktionäre der Straßenbahner zusammen, um die letzten Vorbereitungen für den Streik zu treffen. Auch der Zeitpunkt für den Streikbeginn wird von den Funktionären festgelegt werden. Es kann sich dabei aber nur um eine kurze Spanne von etwa 24 bis höchstens 36 Stunden handeln. Somit ist damit zu rechnen, daß ab Freitag, spätestens Sonnabend, die Straßenbahn zum Stillstand kommt. Denn auch die paar Stunden, die für Annahme des Vergleichsvorschlages geblieben haben, dürften sich dem Streik anschließen. Der Streik wird mit fester Einseitigkeit geführt werden.

Der Schlichter greift ein.

Wie der „Vorwärts“ erfährt, hat der Schlichter die Parteien zu einem letzten Einigungsversuch zu heute mittag geladen. Dadurch würden die Funktionäre Gelegenheit haben, eventuell zu der neuen Situation Stellung zu nehmen, vorausgesetzt, die Verhandlungen führen zu einem neuen Ergebnis.

Die Streitgefahr im Berliner Gastwirtsgewerbe.

Der Konflikt im Berliner Gastwirtsgewerbe hat sich so zugespitzt, daß vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angelegenheiten bereits alle Vorbereitungen für einen Eintritt in den Streit getroffen worden sind. Gestern Vormittag nahm die erste der drei vom Zentralverband einberufenen Versammlungen zur Lage Stellung und stimmte einstimmig für die Vorbereitung zum Streit.

Schiedspruch für die ostfälische Textilindustrie.

Dresden, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Schlichtungsausschuss Dresden fällt am Mittwoch nach 17tägigen Verhandlungen für die Textilindustrie Ostsachsens folgenden Schiedspruch: Die Grundlöhne werden um 10 Prozent erhöht. Das bedeutet eine wirkliche Erhöhung der Zeitlöhne um 8 Prozent. Laufzeit bis 31. Oktober 1928.

Der Bundestag des Deutschen Bauergewerksbundes

in Dresden nahm am Montag eingehend zur Frage der Industrieverbände Stellung. Es handelt sich vor allem um Beschwerden darüber, daß dem Bauergewerksbund durch den Fabrikarbeiterverband, aber auch durch Metzler, Metall- und Holzarbeiter eine Anzahl Gewerbe: Tischler, Glaser, Brunnenbohrer, Steinarbeiter usw. entzogen werden sollen. Dem Vorstand des DGB werden Vorwürfe gemacht, daß er diese für unzulässig erklärten Bestrebungen, wenn nicht gar unterstütze, so doch gleichgültig betrachte und nicht zu unterbinden suche. — Grafmann vertheidigt den DGB, unter mehrfachen Widerspruch gegen die erhobenen Angriffe; er gibt eine Darlegung der Entwicklung der Gewerkschaftskonzentration. Immer, erklärte Grafmann, habe der DGB auf die Bildung größerer Industrieverbände hingearbeitet. Der Fabrikarbeiterverband habe seinerzeit Gewerbe organisiert, die niemand haben wollte — mit wolle er sie natürlich festhalten. Der Vorstand könne den Streit über die Zugehörigkeit kleiner Gewerbe nicht schlichten; der einzige Weg hierzu sei Verständigung oder Schiedsgericht. Grafmann fordert Verständigung.

Am Dienstag vormittag wurde die Generaldebatte über Vorstandsbereich, Industrieverbände und Verschmelzungsfragen abgeschlossen. Theissen-Braunschweig, Gähde-Bremen, Hattmann-Frankfurt und Wenschel-Berlin kritisierten die Haltung des DGB, der gegenüber dem Fabrikarbeiterverband Stellung nehme. Sie wandten sich ferner gegen die gegenständliche und Reichstagsverträge, nach denen bindende Entscheidungen in der Lohnfrage gefällt werden können. Wogast vom Zimmerverwandten bedauerte, daß der Bund den Kartellvertrag ablehne. Thymas vom Dachdeckerverband ist nicht Gegner der Vereinigung, doch will er keine Überführung. Caplow hob in dem Schlusswort hervor, daß aus der DGB darauf Rücksicht nehmen müsse, daß die neue Zeit neue Formen der Organisation erfordere. — Der Bundesleitung wurde gegen vier Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Das Ansehen der kommunistischen Presse im Versammlungsort ist vom Vorstehen unterstellt worden.

Drohender Generalkonflikt im Warschauer Bankgewerbe.

Warschau, 27. September. (Off. Expresz.) Der Konflikt einiger Zeit zurückgeleiteter Streit der Beamten in der Bank Dypkontowy hat die Verbände der Bankbeamten dazu veranlaßt, ein Erklärung zu veröffentlichen, der zufolge sie in einen Sympathiestreik eintreten wollen, falls ihre Berufsgenossen in der genannten Bank kein Einigenkommen finden. Auch die angestellten der staatlichen Banken wollen sich in diesem Fall am Streik beteiligen.

Engländer Gewerkschaftsleiter

London, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Zum Vorstehen des neuen Generalrats wurde am Mittwoch der Vorsitzende des größten Textilarbeiterverbandes Ben Turner gewählt. Turner ist einer der ältesten Führer der englischen Gewerkschaftsbewegung und steht auf dem rechten Flügel. Es immerhin bezeichnend ist für seine Wahl.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 29. September.

Der 1. Oktober im Aufwertungsrecht.

Die Neuerungen der Aufwertungsgegebung haben eine Reihe wichtiger Fristen gebracht. Dadurch wird eine Nachholungs-

Bei der Aufwertungsstelle kann bis zum 1. Oktober 1927 ein Antrag auf Erhöhung der Aufwertung gestellt werden, wenn es sich handelt um Ansprüche aus einem Güterüberlassungsvertrag sowie für Restkaufgelder, falls die Forderung aus den Beträgen im Jahre 1921 begründet wurde.

Bedeutung ist der 1. Oktober auch für einen weiteren Antrag. Auf Grund der ursprünglichen Aufwertungsbestimmungen konnte der Gläubiger Aufwertung seiner Forderung fordern, wenn er die Leistung dafür in der Zeit vom 15. Juni 1922 bis 14. Februar 1924 (Rückwirkungszeit), angenommen oder sich die Aufwertung bei Annahme der Leistung zu anderer Zeit vorbehalten hatte.

Also: Wer Aufwertungsansprüche in größerer Höhe aus Güterüberlassungsverträgen und Restkaufgelderforderungen des Jahres 1921 geltend machen will oder wer beabsichtigt, einen veräußerten Antrag auf Aufwertung kraft Rückwirkung oder Vorbehalts zu stellen, der beachte genau den Fristablauf des 1. Oktober 1927, weil ihm später nicht mehr geholfen werden kann.

Die Erhöhung der Beamtenegehälter und der Einzelhandel.

Vom Verein des Breslauer Einzelhandels wird uns geschrieben:

Gerichtsweise verlautet, daß in den Kreisen des laufenden Publikums die Ansicht vertreten sei, die bevorstehende Erhöhung der Beamtenebeholdung würde allgemeine Preissteigerungen zur Folge haben.

Es sei ein für alle Mal gesagt, daß Vorgänge wie die Erhöhung von Gehältern einer Berufsgruppe oder auch die Erhöhung bestimmter Kategorien von Steuern von der Kaufmannschaft prinzipiell zu Preissteigerungen nicht benutzt wird.

Die Preisbildung folgt ganz eigenen Gesetzen. Sie ist abhängig hauptsächlich von der Marktlage der Rohstoffe, von dem Beschäftigungsgrad, von der Leistungsfähigkeit und von den Kalkulationsprinzipien der Vorlieferanten, die den maßgebenden Einfluß auf die Preisstellung in Händen haben.

Neben den soeben angeführten Hauptgründen für Preissteigerungen ist ein weiterer Regulator der Preisgestaltung die Konkurrenz im Einzelhandel.

Es muß noch besonders hervorgehoben werden, daß kaum ein anderer Stand so wie der Einzelhandel der öffentlichen Kritik ausgesetzt ist. Von ihm hängt aber nach allen volkswirtschaftlichen Grundgesetzen nur in ganz geringem Maße die Gestaltung der Marktlage ab.

Erzeugerkette, und er kommt daher allein mit den Konsumenten in Berührung. Er kennt den Geldbeutel seiner Kunden am besten, weiß genau, wo sie der Saug drückt und wird niemals so frivol sein, erhöhte Beamtenegehälter dazu zu benutzen, seine gewissenhaft kalkulierten Preise zu erhöhen.

Der Einzelhandel kann nur an einer möglichst gleichbleibenden und reibungslosen Gestaltung des Wirtschaftslebens ein Interesse haben. Er fühlt sich daher auch verpflichtet, diese seine Stellungnahme der breiten Masse der Käuferschaft mitzuteilen, um von vornherein unbegründete Gerüchte zu dementieren.

Bei dieser Gelegenheit sei jedoch wiederholt der Wunsch ausgesprochen, daß endlich durch Vereinfachung der Gesetzgebung und Abbau der den Einzelhandel besonders schwer drückenden übermäßigen Steuern eine fühlbare Entlastung des Speiseapparates des Handels eintritt.

Die Rentenvorschlüsse für Kriegsoffer.

Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten wird uns mitgeteilt:

Zurechnung der Dessenlichkeit.

Die im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenen-Vürsorge vertretenen Verbände der Kriegsoffer teilen zu der gestern offenbar von der Reichsregierung an die Tagespresse gegebenen und durch Rundfunk verbreiteten Mitteilung, betreffend die Vorschuhzahlung für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, bekräftigend folgendes mit:

Die Pressenotiz wird in der Dessenlichkeit zu Irrtümern Anlaß geben. Die vom Reichstagsausschuß beschlossene Renten-vorschuhzahlung beträgt für die Kriegsbeschädigten monatlich 24,63 Prozent, für die Hinterbliebenen jedoch nur 7,97 Prozent und für die Kapitulanten nur 11,47 Prozent der bisher monatlich gezahlten Rentenbeträge.

Reichstagspräsident Genosse Löbe

spricht Dienstag, 20 Uhr, in der Mitgliederversammlung der Partei im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Die Verwendung der Hindenburgspende.

Manch einer hat vielleicht etwas gegeben in der Meinung, damit Wohltätigkeit zu üben. Jetzt wird uns ein Buch „Reichspräsident Hindenburg“ vorgelegt, das von der Hindenburgspende herausgegeben, an den Breslauer Volkshäusern verteilt wird.

Wieder ein Meineidsprozeß.

Am Dienstag, dem zweiten Verhandlungstage des gegenwärtig tagenden Schwurgerichts, hatte sich der 27 Jahre alte Kaufmann Herbert Weiß wegen wissentlichen Meineides in zwei Fällen zu verantworten.

Kunst und Wissenschaft.

Hans Gobsch über das Jarendrama.

Am Montag sprach Hans Gobsch über sein Drama und las aus eigenen Werken vor. Es war ein Abend ohne inneres Erleben. Interessellos floß der erste Teil der Ausführungen vorüber.

Im zweiten Teile seiner Ausführungen las Herr Gobsch einen Abschnitt aus seinem Roman „Der Einsame“, sowie aus dem noch unerschienenen Werke „Das ewige Werden“.

fahren seien, sie also gewissermaßen selbst die Schuld an dem Unfall trügen. Durch andere Zeugen wurde aber festgestellt, daß die Frauen im Augenblick des Unfalls hintereinander fuhren.

Der Mauerjäger in der Kirche.

In der Dingenkirche am Ritterplatz ist in einer Seitenskapelle schon seit Wochen ein Mauerjäger in Tätigkeit. Zu diesem Zwecke ist die Kapelle zurzeit vollständig ausgeräumt.

Eisbetriebe bei der Schutzpolizei.

Am 8. September fand im Kasino der Polizeiunterkunft Westend ein Eisbetriebsfest statt. Dagegen wäre nichts zu sagen, nachdem aber bis gegen 3 1/2 Uhr gezecht worden war, trat bei den noch anwesenden Teilnehmern eine recht sonderbare Polizeigeisternung auf.

Was sagt der Polizeipräsident dazu? Und was der Richter?

Kornfrucht advertisement with image of a product box and text: 100 Tassen aus 1/2 pfund für 30 Pfg. Gesund wie das tägliche Brot!

Gemeinschaft oder Anarchie?

lautete das Thema des am letzten Sonntag von der Monistcher Gemeinde veranstalteten Vortragsabends. Es waren die Voraussagen und ethischen Konsequenzen des von Max Stirner begründeten Anarchismus, die der Sprecher Kurt Kramer einer Kritik unterzog.

Qua. tie re beuiffiq.

Zu der Sonntag, den 2. Oktober, stattfindenden Kommunal-Konferenz treffen eine Anzahl Genossinnen und Genossen bereits...

Maßeichnung.

Die Anrechnung der Maß- und Wiegegeräte der Gewerbetreibenden erfolgt im 11. Polizeirevier in nachstehender Reihenfolge...

Am 21. bis 28. Oktober: Neue Adalbertstraße Nummer 30 bis 34 und 79 bis 97, Knauffstraße Nummer 35 bis 77...

Der Winterfahrplan tritt in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober in Kraft. Bis 1. Oktober 24 Uhr verkehren die Züge nach dem alten Fahrplan...

Freigabe der Schnellzüge für Sonntagsfahrkarten. Im Bezirk der Reichsbahndirektion Breslau werden vom 2. Oktober d. J. ab verkehrsweise...

Fernsprechverkehr mit Ungarn. Vom 1. Oktober ab sind sämtliche Orte Deutschlands zum Fernsprechverkehr mit allen ungarischen Orten zugelassen...

Der Arbeiter-Schachverein eröffnet am kommenden Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, das Arbeiter-Schachheim im Gewerkschaftshaus...

In der Johanniskirche wird Montag, den 3. Oktober, 20 Uhr, das Mysterienspiel von den törichtesten und klügsten Jungfrauen durch die Spielgemeinde der Fichtegeellschaft ausgeführt...

Selbsthilfshand der Körperbehinderten. Die Beratungen für Krüppel erfreuen sich bei den Interessenten stetig steigender Beliebtheit...

Die Feuerwehre mußte am 27. September kurz vor 18 Uhr nach Schmeidnitzer, Ecke Gartenstraße, ausrücken. Hier hatte in einem Schaufenster die Fälschung einer Lichtleitung gebrannt...

Taschendiebstähle in Lokalkitäten scheinen ein Gebiet für das Langfingerergewerbe zu sein, auf welches zu verlegen sich lohnt. Wiedermum wurde einem Kraftwagenführer in einer Gastwirtschaft...

Bei einer Schlägerei, die sich heute morgen gegen 1 Uhr in einer Gastwirtschaft der Enderstraße abspielte, mußte die Polizei eingegriffen und konnte einem der Beteiligten einen Totschlag abwehren...

Mit einem Straßenbahnwagen der Linie 18 fuhr gestern morgen an der Breiten Straße, Ecke Lessingplatz, eine radfahrende Schülerin zusammen. Sie wurde leicht verletzt, das Fahrrad jedoch vollständig demoliert...

Straßenräuber. In der Nacht zum 28. September verletzten unbekannte Täter in das Museum am Museumsplatz einen Einbruchsdiebstahl, indem sie über eine angelegte Gerüstleiter über das Dach und an der Feuerleiter in den Hof des Museums gelangten...

Eine Besatzung wurde in einer der letzten Nächte auf dem unbedeutenden Gelände zwischen der Fürtzen- und der Sternstraße, östlich der Pfaffenstraße, erschossen. Gestohlen wurde eine Schrot- und eine geladene Bogenseife. Sachdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 58...

Wohnungsbrennen. Einen Einbruch verübten Dienstag nachmittags unbekannte Täter in die Wohnung des Handelsmannes Josef Sander, Antonienstraße 11, wobei ihnen eine Geldtasche mit wertvollen Papieren, eine goldene Damen Uhr (Doppeldiesel) mit goldener Kette, ein Brillantring und eine silberne Kette in die Hände fielen...

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 30

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 30. Tel.: Die 1002. Mittwoch 11. Heute abend 8 Uhr Funktionärstreffen bei Gottschalk, Leuthenstraße 37.

Sozialistische Jungfrauen. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, erfolgt alles in der Festlokal-Turnhalle zur Vorbereitung mit dem E. O. Mitglieder und Jungfrauenvereins mitbringen. Spielplan: heute 7,45 Uhr mit Instrumenten und in Uniform zu erscheinen...

Freiwilliges Jugendorchester. Heute Donnerstag, abends 7,15 Uhr, Eintritten an der Kanthale Brüderstraße, Ecke Mülkstraße. Abstellung Werk (S. A. B.). Donnerstag, den 20. September, abends 7,45 Uhr. Eintritten in der Festlokal-Turnhalle.

Freiwilliges Jugendorchester. Heute abend 8 Uhr, beim 1. Arbeitersportverein, „Wir und unsere Gegner“ (Kollige Kollige). Beim 2. Kompositionabend, beim 3. beteiligt sich an einer der beiden Veranstaltungen.

In das Studentenpfeischaus, Neue Sandstraße 12, wurde gestern vormittag eingebrochen. Die Diebe haben die Türöffnung der Eingangstür zur Wohnung der Wirtschaftsvorsteherin herausgehauen und eine eiserne Kassetten ohne Geld, einen Koffer mit Wäsche, 6 silberne Teelöffel und einen Halskamm gestohlen.

Die täglichen Fahrraddiebstähle. Vor dem Postamt II, auf dem Christophorplatz und vor dem Grundstück Kaiser-Wilhelm-Straße 32, wurden einem Fräulein, einem Zimmermann und einem Arbeiter ihre Fahrräder gestohlen.

Von der Plattform des Kaiser-Wilhelm-Denkmal heruntergefallen ist gestern nachmittag der Lehrling Walter Laubeke von der Opitzstraße. Er erlitt bei dem Sturz einen Armbruch und wurde nach dem Wenzel-Hand-Krankenhaus überführt.

Zusammenstoß. Am Dominikanerplatz, Ecke Reherberg, ereignete sich am 28. September, nachmittags, ein Zusammenstoß zwischen einer Kleinstraßenbahn und einem Straßenbahnwagen der Linie 21. Beide Fahrzeuge wurden stark beschädigt. Personen kamen jedoch nicht zu Schaden.

Breslauer Filmrevue. Im Gewerkschaftshaus läuft der Film der National-Filmgesellschaft „Die Unehelichen“. Er zeigt das tragische Geschick von drei unehelichen Kindern, denen nicht nur der Vater, sondern auch die Mutter fehlt...

Arbeiter-Sport

In alle Abteilungen der Freien Turnerschaft Breslau. Die auf Sonnabend, den 1. Oktober, festgesetzte Funktionär-Verammlung muß wegen Erkrankung einiger auf Montag, den 3. Oktober, verlegt werden. Die Versammlung findet bestimmt Montag, den 3. Oktober, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3, um 20 Uhr statt...

Reise-Turnerschaft Breslau, e. B. Die Vereinsfunktionär-Verammlung findet wegen Erkrankung einiger erst am Montag, den 3. Oktober, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3, statt. Beginn pünktlich 20 Uhr. Die Abteilungen wollen hieran Kenntnis nehmen.

Reise-Turnerschaft Breslau, e. B. Heute Donnerstag sind die Bewerber für das Hallenwettbewerb an der Turnhalle im Gewerkschaftshaus wegen Vereinsausweises abgeholt. Für jede Karte ist eine einmalige Gebühr von 10 Pf. zu bezahlen.

Reise-Turnerschaft Breslau, e. B. Freitag, den 20. September, abends 20 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus unsere Vereinsversammlung statt. Sonntag früh 8 Uhr ist alles im Bootshaus am Abends. Wir begreifen nun wieder mit unserer Winterreise. Zu diesem Zwecke findet Montag, den 3. Oktober, abends 10,30 Uhr im Ratschhof, Teichstraße, eine Zusammenkunft aller Mitglieder statt.

Reise-Turnerschaft Breslau, e. B. Freitag, den 20. September, abends 20 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus unsere Vereinsversammlung statt. Sonntag früh 8 Uhr ist alles im Bootshaus am Abends. Wir begreifen nun wieder mit unserer Winterreise. Zu diesem Zwecke findet Montag, den 3. Oktober, abends 10,30 Uhr im Ratschhof, Teichstraße, eine Zusammenkunft aller Mitglieder statt.

Sonnabend, den 8. und Mittwoch, den 22. Oktober; beim 4. Sonntag, den 16. Oktober; beim 5. Sonntag, den 15. und Sonntag, den 16. Oktober; beim 7. Sonntag, den 17. Oktober; beim 8. Sonntag, den 18. Oktober; beim 9. Sonntag, den 19. Oktober. Ausgabe der Karten erfolgt wieder acht Tage vor der betreffenden Veranstaltung an die gewählten Vertrauensleute...

Freiwilliges Jugendorchester. Heute Donnerstag, abends 7,15 Uhr, Eintritten an der Kanthale Brüderstraße, Ecke Mülkstraße. Abstellung Werk (S. A. B.). Donnerstag, den 20. September, abends 7,45 Uhr. Eintritten in der Festlokal-Turnhalle.

Freiwilliges Jugendorchester. Heute abend 8 Uhr, beim 1. Arbeitersportverein, „Wir und unsere Gegner“ (Kollige Kollige). Beim 2. Kompositionabend, beim 3. beteiligt sich an einer der beiden Veranstaltungen.

In das Studentenpfeischaus, Neue Sandstraße 12, wurde gestern vormittag eingebrochen. Die Diebe haben die Türöffnung der Eingangstür zur Wohnung der Wirtschaftsvorsteherin herausgehauen und eine eiserne Kassetten ohne Geld, einen Koffer mit Wäsche, 6 silberne Teelöffel und einen Halskamm gestohlen.

Die täglichen Fahrraddiebstähle. Vor dem Postamt II, auf dem Christophorplatz und vor dem Grundstück Kaiser-Wilhelm-Straße 32, wurden einem Fräulein, einem Zimmermann und einem Arbeiter ihre Fahrräder gestohlen.

Von der Plattform des Kaiser-Wilhelm-Denkmal heruntergefallen ist gestern nachmittag der Lehrling Walter Laubeke von der Opitzstraße. Er erlitt bei dem Sturz einen Armbruch und wurde nach dem Wenzel-Hand-Krankenhaus überführt.

Zusammenstoß. Am Dominikanerplatz, Ecke Reherberg, ereignete sich am 28. September, nachmittags, ein Zusammenstoß zwischen einer Kleinstraßenbahn und einem Straßenbahnwagen der Linie 21. Beide Fahrzeuge wurden stark beschädigt. Personen kamen jedoch nicht zu Schaden.

Breslauer Filmrevue. Im Gewerkschaftshaus läuft der Film der National-Filmgesellschaft „Die Unehelichen“. Er zeigt das tragische Geschick von drei unehelichen Kindern, denen nicht nur der Vater, sondern auch die Mutter fehlt. Kinder von Wüttern, die sich in einem Falle aus Wirtschaftlichkeit und Bequemlichkeit im anderen Falle aus wirtschaftlicher Not nicht zu ihren Kindern bekümmern und die Pflege fremden Leuten überlassen, für die das Halten von „Ziehkindern“ nur ein Erwerb, aber keine Erziehungsaufgabe ist...

Arbeiter-Sport. In alle Abteilungen der Freien Turnerschaft Breslau. Die auf Sonnabend, den 1. Oktober, festgesetzte Funktionär-Verammlung muß wegen Erkrankung einiger auf Montag, den 3. Oktober, verlegt werden. Die Versammlung findet bestimmt Montag, den 3. Oktober, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3, um 20 Uhr statt...

Reise-Turnerschaft Breslau, e. B. Die Vereinsfunktionär-Verammlung findet wegen Erkrankung einiger erst am Montag, den 3. Oktober, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3, statt. Beginn pünktlich 20 Uhr. Die Abteilungen wollen hieran Kenntnis nehmen.

Reise-Turnerschaft Breslau, e. B. Heute Donnerstag sind die Bewerber für das Hallenwettbewerb an der Turnhalle im Gewerkschaftshaus wegen Vereinsausweises abgeholt. Für jede Karte ist eine einmalige Gebühr von 10 Pf. zu bezahlen.

Reise-Turnerschaft Breslau, e. B. Freitag, den 20. September, abends 20 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus unsere Vereinsversammlung statt. Sonntag früh 8 Uhr ist alles im Bootshaus am Abends. Wir begreifen nun wieder mit unserer Winterreise. Zu diesem Zwecke findet Montag, den 3. Oktober, abends 10,30 Uhr im Ratschhof, Teichstraße, eine Zusammenkunft aller Mitglieder statt.

Reise-Turnerschaft Breslau, e. B. Freitag, den 20. September, abends 20 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus unsere Vereinsversammlung statt. Sonntag früh 8 Uhr ist alles im Bootshaus am Abends. Wir begreifen nun wieder mit unserer Winterreise. Zu diesem Zwecke findet Montag, den 3. Oktober, abends 10,30 Uhr im Ratschhof, Teichstraße, eine Zusammenkunft aller Mitglieder statt.

Reise-Turnerschaft Breslau, e. B. Freitag, den 20. September, abends 20 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus unsere Vereinsversammlung statt. Sonntag früh 8 Uhr ist alles im Bootshaus am Abends. Wir begreifen nun wieder mit unserer Winterreise. Zu diesem Zwecke findet Montag, den 3. Oktober, abends 10,30 Uhr im Ratschhof, Teichstraße, eine Zusammenkunft aller Mitglieder statt.

Das große Erbe Die Unehelichen! Das Schicksal der Unehelichen! In den Gewerkschaftshaus, Zimmer 30. Für Jugend und Arbeiter. Eintritt frei. Gewerkschaftshaus, Zimmer 30. Eintritt frei.

Aus Schlesien. 5. Niederschlesischer Provinziallandtag.

Die Besoldungsreform. — Ausnahme einer Anleihe für öffentliche Arbeiten. — Frühlingspädagogik eines Studienrektors. Der Provinziallandtag trat gestern im Landeshause zu seiner diesjährigen Herbsttagung zusammen. Die einleitend vorgenommene Wahl des Vorsitzenden ergab wiederum unleser Genossen Bandmann. Die Plenartagung hatte sich mit einer Reihe von wichtigen Vorlagen zu befassen, die eine verhältnismäßig rasche Erledigung erfordern. Dagegen brachten einige Anträge unserer Genossen den Bürgerblut unseres Provinzialparlamentes in lebhafter Erregung.

In der Vorkonferenz stand zunächst die Vorlage des Provinzialauschusses betreffend Besoldungsreform für die Provinzialbeamten auf der Tagesordnung. Die neue Beamtenbesoldungsreform für Preußen und das Reich macht ebenfalls eine Minderung der Gehaltsregelung für die Provinzialbeamten notwendig. Es handelt sich hierbei nicht allein um die Erhöhung der Gehälter, sondern auch um eine neue Gruppeneinteilung der einzelnen Besoldungsklassen. Gleichzeitig soll damit eine Nachprüfung der Besoldungsstärke und -notwendigkeit einzelner Dienststellen verbunden sein. Zu dieser Besoldungsfrage lag ein Antrag unserer Genossen vor, den Beamten und Angestellten der Provinzialverwaltung Zuschüsse auf die in Aussicht stehende Gehaltsaufbesserung zu geben und darüber hinaus auch den Arbeitern eine Beihilfe zu gewähren. Das war für den obergelassen und gewandten Redner Landeshauptmann von Thae eine willkommene Gelegenheit, seine „Arbeiterfreundlichkeit“ auf neue zu dokumentieren. Nach seiner Meinung, haben die Arbeiter schon so oft Lohnaufbesserung erhalten — er sprach von sogar 54 Pfennige Stundenlohn (!) —, so daß sie keiner Beihilfe bedürften. In ausgereicherter Weise verstand es Genosse Mache, diesen Standpunkt des Landeshauptmanns gehörig entgegenzutreten. Nach einer Ueberlegung brachte die Debatte. Die Kommunisten machten ebenfalls Beamtenpolitik und — bekannten sich unter Zurücknahme ihrer Anträge zu dem Antrag unserer Fraktion. Die weitere Erledigung der provinziellen Besoldungsreform, wie auch unseres Antrages fanden Ueberweisung in einen Sonderauschuß.

Die geäußerten finanziellen Anforderungen machen eine größere Anleihe der Provinz notwendig. Ueber einen dementsprechenden Antrag des Provinzialauschusses berichtete Genosse Janotta. Die Anleihe, die 22 700 000 Reichsmark betragen soll, soll sich in der Verwendung wie folgt verteilen:

Table with 2 columns: Category and Amount. a) Straßenausbau . . . 13 379 700 Mark; b) Landesfunkurbau . . . 3 231 000 „; c) Elektrizitätsbau . . . 4 000 000 „; d) Disagio und Kosten . . . 2 089 000 „

Trotz verschiedener vorgetragener Bedenken fand sie einstimmige Annahme. Lebhafter aber wurde die Debatte, als Genosse Reisser eine Dringlichkeitsanfrage unserer Fraktion begründete, die sich mit den schweren Klagen über die Verelendung und Behinderung der Förlinge in der Erziehungsanstalt Groß-Rosen beschäftigt. Soll es doch hier zu wiederholten Malen vorgekommen sein, daß verdorbene Lebensmittel den Förlingen vorgelegt wurden. Herr von Thae glaubte zunächst auch hier mit formalen Einwänden (der Antrag hätte erst im Ausschuss besprochen werden müssen) über diese Mißstände, die er dann im weiteren zugeben mußte, hinweggehen zu können. Er fand die Vertreter des Bürgertums unterstühend auf seiner Seite. Da war der Deutschnationale v. Richtigshofen, der als Patriarch dieser Anstalt glaubte sich besonders annehmen zu müssen, der Pfarrer Roth, der in der Anfrage einen Vorstoß gegen konfessionelle Erziehungsrechte sah, und der völksparteiliche Studienrektor, der diese Angelegenheit zum heiteren Teil machte, als er davon sprach, daß die Kinder (wörtlich!) nach Prügel schreien. Ohne Prügel kein kernhafter Junge. Das war der hergerückten Weisheit letzter Schluss, und den Rednern unserer Fraktion blieb es nur noch vorbehalten, hier sich grundsätzlich über moderne Erziehungsaufgaben zu äußern. Vom Landeshauptmann wurde eine strenge Ueberwachung der Betriebsführung dieser Anstalten versprochen.

Unter den Vorlagen minder wichtigen Inhalts wurde eine Aenderung der Satzung der Provinzialhilfskasse beschlossen, die wegen der Aufnahme einer Auslandsanleihe notwendig ist. Nach über vierstündiger Beratung fand diese interessante und lebhaft diskutierte mit dem Dank an den Vorsitzenden für seine umsichtige Leitung ihr Ende.

Deis. Ein Rohling. In einem fünfjährigen Kinde hat sich am vergangenen Montag, den 26. September, ein Angelegter eines Deiser Geschäfts unfällig vergangen. Er wurde der Polizei übergeben.

Waldenburg. Ein unliebsamer Gast. Zu der unter dieser Spitzmarke gebrachten Notiz vom 1. September wird uns vom Eisenbahnbetriebsamt Waldenburg berichtet, folgendes mitgeteilt: Der Betriebsamt hat die Bahngewerkschaft in vollkommenem nächstem Zustande verlassen. Den Lohndruckausfall erzielt er nicht auf dem Bahngelände, sondern auf einem demnach harten Lagerplatz. Der Lohndruckausfall ist eine Folge seines im Kriege zugezogenen Kampflebens. Gegenstände sind von dem Betreffenden nicht beschlagnahmt worden.

5 Wochen Gefängnis für ungebetene Rasse. Ein junger Besorger hatte in angeheitertem Zustande vor einiger Zeit in einem Geschäft am Marktplatz eine Verkäuferin karnamt und gefüllt. Auch der Lehrer des Geschäftsinhabers wollte er in gleicher Weise seine Zuneigung bezeugen. Jetzt kam er vor dem Waldenburgsches Schöffengericht und dieses verurteilte den hümmlichen Jungen Mann zu 5 Wochen Gefängnis, gewährte ihm aber Strafaufschub. — Auch hier geht die Klassenempfindung der erkennenden Richter durch das augenscheinliche Bemühen, die Verkäuferin vor Zuneigungen zu bewahren.

Witz beweiseln sehr, daß ein Angehöriger anderer Gesellschaften im gleichen Maß zu gleicher Strafe verurteilt worden wäre.

Wienig. Herr Schiele besucht die Gugali. Wie aus Wienig erhellenhaft berichtet wird, besucht der Reichs-ernährungsminister Herr Schiele am heutigen Tage die Gugali.

Sieberg. Tod im Gefängnis. Im hiesigen Gefängnis erlängte sich der 39-jährige Stellenbesitzer Gustav Vogel aus Hermsdorf, der sich verschiedener Delikte wegen in Untersuchungshaft befand.

Prinzenau, Kreis Sprottau. Protest gegen den Preis der Kasse. Eine Besammlung des hiesigen Lehrervereins faßte zum Reichsschulgesetzentwurf ein- stimmig folgenden Beschluß: „Wir stellen uns einmütig hinter den Schließlichen und Deutschen Lehrerverein, welche den vorliegenden Reichsschulgesetzentwurf ablehnen. Dieser Gesetzentwurf steht im Gegensatz zur Reichsverfassung; er wagt nicht genügend die Schulhoheit des Staates und begünstigt die Bildung von kostspieligen, weniger leistungsfähigen Zwerghochschulen auf Kosten größerer, leistungsfähiger Schulsysteme; er bedroht die Gewissensfreiheit der Lehrer und verstärkt in weitgehendem Maße den nichtfachlichen, irrtümlichen Einfluß auf die Schul-schließlichkeit. Aus all diesen Gründen darf der vorliegende Reichs-schulgesetzentwurf niemals Gesetz werden.“

Königsberg. Durch Gesteinsmassen getötet. Der Arbeiter Artur Lubitz wurde von sich abfallenden Gesteins-massen im hiesigen Steinbruch vermisst und in schwer ver- letztem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert, wo er ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, nach kurzer Zeit verstarb. Ob bei dem Unfall ein Verschulden zweiter Personen vorliegt, muß erst die Untersuchung ergeben.

Wittenberg, Talswau. Im Kreis Rudau ist die Tollwut ausgebrochen. Infolgedessen ist über eine Reihe von Ortschaften des Kreises die Sperte verhängt worden.

Kattowik. Der Sejm einberufen. Auf Grund einer vom Ministerpräsidenten gegengezeichneten Verfügung des Staatspräsidenten Mascicki wird der Schließliche Sejm zum 30. September einberufen.

Kattowik. Ergebnis der Schulprüfungen in Polnisch-Oberschlesien. Bei den Schulprüfungen der reiflichen Kinder des Jahres 1928 wurden nach häuslichen Meldungen der „Polsta Jakobna“ 141 Kinder der pol-nischen und 83 der deutschen Schule zugelassen. Die Prüfung der Kinder des Jahrganges 1927, ungefähr 700, wird in den nächsten Tagen stattfinden.

Arbeiterwohlfahrts-Ausschüsse des Bezirks Breslau.
Sonntag, den 1. Oktober 1927, nachmittags pünktlich 2 Uhr beginnend, in Breslau, Gewerkschaftshaus, Margareten-straße 17, Zimmer 10, wichtige Konferenz
aller Wohlfahrtsausschüsse.
Tagesordnung: 1. Lotterie und Werbeaktion der Arbeiterwohlfahrt, 2. Unsere Organisation im Bezirk. Die Teil-nahme von Vertretern aller Wohlfahrtsausschüsse ist dringend notwendig.

Landkreis Breslau/Neumarkt.
SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.
Berammlungsstatende.
Paul Wöbe, Präsident des Deutschen Reichstags,
spricht Freitag, den 30. September, 20 Uhr, in einer öffentlichen Ver-sammlung bei Gadermuth in Neustadt.
Neumarkt.
Sonntag, 2. Oktober, abends 8 Uhr, „Zum Gelben Löwen“:
außerordentliche Mitgliederversammlung. Ge-nossin Wurzel aus Schwesingen (Waben) wird über
„Die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt“
sprechen. Außer diesem Vortrag wird Bericht von der Konferenz der Arbeiterwohlfahrtsausschüsse gegeben. Parteimitglieder, er-scheint vollständig zu dieser Berammlung!

Groß-Nachbarn. Sonnabend, 1. Oktober, abends 8 Uhr, öffentliche Berammlung im Lokal von Gagerer. Redner: Land-zat Genosse Seibold-Kimptz. Erheint recht zahlreich zu dieser Berammlung.

Breslau. Am Freitag, den 30. September, 70 Uhr, spricht in Breslau, im Lokal „Vollgarten-Restaurant“, die Ober-schulrätin Genossin Hildegard Wegscheider, 31. 9. 27, 70 Uhr, zahlreicher Besuch zu ihrem interessanten Referat wird erwartet.

Kantern. Sonnabend, den 1. Oktober, 20 Uhr, öffent-liche Berammlung im Lokal von Seibel in Kantern. Redner: Parteisekretär Genosse Schiffer-Breslau. Erheint recht zahlreich zu dieser Berammlung.

Wittenberg. Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokal von Fische in Wittenberg: Wichtige Beram-mlung. Parteigenossen, erheint alle und bringt Freunde und Bekannte mit. Redner: Parteisekretär Schiffer-Breslau.

Dambritz. Sonntag, den 2. Oktober, 20 Uhr, spricht in einer öffentlichen Berammlung im Lokal von Fischer Parteisekretär Genosse Schiffer-Breslau. Alle Einwohner von Dambritz und Umgegend werden zu dieser Berammlung freundlich eingeladen.

Wittschau. Jetzt erst recht! Der Ortsgruppenleitung in Wittschau ist mitgeteilt worden, daß unfähig des Gebur-tages Hindenburg das Lokal nicht gut Verfügung gestellt wird. Wir betrachten das als eine Maßnahme, die sich gegen uns Sozialdemokraten richtet, um uns in unserer Aufklärungsarbeit zu behindern. Deshalb, Gefinnungs Freunde von Wittschau und Umgegend, erheint am Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 3 Uhr auf der Dorfstraße in Wittschau. Dort spricht unter freiem Himmel der Landtagsabgeordnete Adolf Thiele über das Thema: „Der Betrug am deutschen Volk“.

Deutsch-Elka. Die Arbeiter-Samaritaner-Kolonie veranstaltet im Winterhalbjahr einen neuen Ausbildungskursus und bittet deshalb alle Parteigenossen, Gewerkschaftler und Arbeiterpartei, die sich für dieses hohe Ideal interessieren, zu einer für Freitag, den 30. September, 20 Uhr, im „Schwarzen Adler“ angelegten Berammlung zu erscheinen.

Sammlen-Anzeigen

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands
Am 26. September, verstarb unser Verbandskollege, der Schlosser 5809
Alfred Weikert
vom W. A. III, im Alter von 52 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Nikolai-Friedhofes in Cosel.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Am 24. September verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Tischler 5808
August Scholz
im Alter von 63 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Die Beerdigung erfolgt Freitag, 30. September, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Gräbschen.

Am 27. September verschied unser Mitglied
Frau Berta Liebs.
Ihr Andenken werden in Ehren halten
Die Mitglieder der Schärpenkasse der Städtischen Rohrnetzbetriebe.
Beerdigung: Freitag, nachmittags 4 Uhr, von dem alten Kommunalfriedhof, Kürrasserstraße, nach dem Gemeindefriedhof in Gräbschen. 814

Sonntag, den 25. Sept., starb plötzlich und unerwartet unser Genosse, der Buchdruckerfaktor
Paul Hoffmann
im Alter von 62 Jahren 5 Monaten.
Unser Paul soll uns unvergessen bleiben. 5807
Die Genossinnen und Genossen des Distrikts 21.
Einschreibung: Freitag, den 30. September, 1 Uhr, im Krematorium Gräbschen. Regte Beteiligung Ehrensache. **Die Distriktsleitung.**

Die wahre Ursache der **Fettsucht**

ist noch reichlich unbekannt. Unnormaler Stoffwechsel, geringer Kräfteverbrauch, im Verhältnis zur Nahrungsaufnahme sind nur Schlagwörter. Tatsache ist, daß lebenswichtige Organe stark in ihren normalen Funktionen behindert werden und so anzunehmen bei Fettsüchtigen die „fette Blut-armut“ mit ihrer Folge, einer chronischen Säfte-vergiftung durch schlechte Blutbeschaffenheit. Das reine Naturprodukt

Nr. 11
(Für Fettsüchtige)
Nur echt in nebenstehender Packung

Waldflora

Muskel- und Nervenzellen zu erhöhen Verbrauch an, reinigt das Blut von schädlichen Giftstoffen, Säuren und Güssen, frucht dadurch den Nährstoffgehalt des Blutes auf und vermindert so auf natürlichem Wege ohne jede Schädigung die Fettsucht, indem es das Über an der Wurzel speckt. Die Organe werden nun aktiviert! Der Geist wird reger! Der Appetit wird dagegen nicht verstimmt.

Kein Tee! Reines Naturprodukt!
Die 12 echten Waldflora-Naturprodukte sind in Apotheken, Drogerien und Reformhäusern zu haben. Verlangen Sie dort oder direkt von

GEORG RICH. PFLUG & CO.
Gen. III. Thüringen

Ein Rätsel

Einer fragt den anderen, wie ist das möglich, daß Manneberg so billig Qualitätswaren verkaufen kann? — Ganz einfach! Durch sehr günstige Einkaufspreise bei einem kleinen Spezia-Apparat bin ich in der Lage, zu folgenden Preisen zu verkaufen.

Reineigige Beispiele:

Hemdchen	Mtr. 0.52 ufr.	Damen-Taghemden	0.95 ufr.
Linon, 80 cm	0.68	Damen-Nachthemden	2.50
Küchenhandtücher	0.20	Damen-Prinzessbröde	2.50
Rleider-Barockent	0.85	Damen-Heimchen	1.85
Linon-Bezüge m. 2 Kiss. 6.90		Damen-Schulphosen	0.90
Bezug 2 Kiss. prima		Gel. Kunstl.-Schlüpfer	3.00
Linon mit Einlaß	8.50	Mädchen-Taghemden	
Woll-Bezüge m. 2 Kiss. 10.—		Größe 50	0.70
Domast m. 2 Kiss. 11.—		Mädchen-Beinkleider	
Woll-Intelle, säureecht 7.—		Größe 35	0.90
Bettlüber, kräft. Ganz-tuch, 140/200	2.65	Knaben-Taghemden	
Fertige Bettlaken	1.95	Größe 50	0.90
Rolltücher	0.95	Herrn-Taghemden	2.25
Geflügelhandtücher, rein		Herrn-Oberhemden	4.90
Leinen	0.25	Herrn-Nachthemden	3.50
Geflügelhandtücher	0.18	Herrn-Einfaßhemden	1.25
Frottehandtücher	0.20	Herrn-Normalhemden	2.60
Schlafdecken mit Rante 0.25		Herrn-Normalhosen	1.55
Juniper-Unterhosen	0.75	Herrn-Mafshosen	2.25
Unterhosen, gestriekt	0.95	Herrn-Mafshosen	2.00
Kleidweiser, reine Wolle 5.00		Herrn-Tutcherhosen	2.50
Einzelne Laufentwürfe		Windjacken, imprägniert, flotte Form, jeweils Vorrat 9.00	
von 0.20 bis 0.65		Herrn-Kavallerhosen	0.40
		Wäsche-Service 0.95	

Alle Worte sind vergebens, wenn Sie sich nicht selbst überzeugen!
Keine Schaufenster — aber billige Preise!

Wäsche-Manneberg
Inhaber: Lutz Manneberg
im Hofe **Neufeststraße 42** im Hofe 9804

+ Ihr Bruch +

wird immer größer, wenn Sie ein schlechtstzendes u. ästiges Federbruchband oder Gummiband tragen. Durch solche Bänder verchlammert sich das Leiden und kann zur Todesursache werden. (Es entsteht Brucheinblutung, die operiert worden muß und den Tod zur Folge haben kann) Deshalb liegt es in Ihrem Interesse, sich meine äußerst bequeme, unverwundliche Spezial-Bandage anfertigen zu lassen. Duren Tag und Nacht Tragen meiner Bandagen haben sich nachweislich Bruch-leidende selbst geheilt.

Werkmeister A. B. schreibt u. a.: „Mein schwerer Leistenbruch ist geheilt. Ich bin wieder in meinem 66ten Lebensjahre ein ganzer und glücklicher Mensch!“
Landwirt Fr. St. schreibt u. a.: „Ich esse mich genötigt, Ihnen nach 2 Jahren meinen innigsten Dank auszusprechen — wurde ich ganz befreit von meinem Leiden.“
Bandagen von 15 Mk. an. Für Bruch- und Vorfal-leidende kostenlos zu sprechen in:
Breslau: Sonnabend, 1. Oktober, v. 8—1 u. 2—7 Uhr, Hotel Habsburg, Teichstr. 13 a. Hbht. — Freitag, 30. Septbr., v. 2 1/2—7 Uhr, Hotel Brieger Hof. — **Stadamt** Sonntag, 2. Oktbr., v. 11—2 Uhr, Hotel Schwarzer Adler. — **Glogau:** Montag, 3. Oktbr., v. 8—12 Uhr, Hotel Hindenburg.
5. Ruffing, Spezial-Dentist, Kln. Banner Str. 249.

Jeder Arbeiter, jeder Maurer, jeder Zimmermann
kauft seine Arbeitskleidung gut und billig bei
Adolf Malinowitzer, Klosterstr. 23

Arbeits-Hosen, gestreift Pilot	13.50, 12.50, 9.50, 7.25, 4.75
Maurer-Hosen mit und ohne Schnitt	11.00, 9.50, 8.50, 7.50
Manchester-Hosen	15.00, 13.50, 10.50, 8.50, 6.99
Manchester-Schleif-Hosen	16.50, 15.00, 12.50, 11.50
Manchester-Hosen mit Latz und Schnitt	17.50, 13.50
Schwarze Leder-Hosen	13.00, 12.50, 9.50, 7.50
Schwarze Leder-Hosen m. Schnitt	18.50, 11.50, 7.50, 6.75
Schwarze Leder-Hosen mit Latz	16.50, 14.00, 12.50, 8.25
Echt blaue Kamilliger Monteur-Anzüge	9807
Original Hamburger Schiller - Hosen und -Hosen	mit Latz und Schnitt, in blau und weiß

Zeuch- und Baracken-Hosen in allen Qualitäten.
Maurer-Blusen + Maurer-Werkzeuge

Die Geräte, welche über den Mitteln des Rohleingehalts Georg Gütternu dessen Vater, Friedrich Gütternu, 91, durch eine Vermählung in Umlauf sind, erziehe ich für unwar-ig u. warme oder Weiterverteilung. **Mag. Hofhaupt, 256 Friedrich-Wilhelmstr. 97.**

Stapelguth
Jede Nähmaschine kauft Wienziers, Gräblicher Str. 5.

Zurückgekehrt Dr. med. Baeck
Welfenstr. 192
Fernsprecher 3638

Zurückgekehrt Dr. med. Podschubski
Bätorienstraße 104 a.

Bei mir
immer noch billig!
Bettbezug m. 2 Kiss. 5.50
Bettbezug m. 2 Kiss. aus Stoffen 6.50
Bettbezug m. herri be- 9.75
Fortiges Inlett 2.50, 6.99
Linoform-Besta Mr. 1.75

H. Wassermann
Friedr.-Wilhelm-Str. 75
Vorzugter dieses 5%, Rabatt.
Auch der weinste Weg lohnt sich!

Wichtig! Zroblicher Stoffleidererei
Markthalle Gartenstraße
empf. Bestellungen in S. 100

Pa. Junges leites Felle
u. alle Sorten H. Felle.
Anschaffung und Verkauf
1. Bp. 2. Bp. 3. Bp. 1. Bp. 2. Bp.
mit Paul Marka u. Frau.

Oberbett, 2 Kissen
mit bestem Feder 308
für 24.99 Mk. in wasser-
festen Gitter Str. 5, 1p. links

Bekanntmachung.

Auf Grund des Reichsgesetzes zur Abänderung der Reichsversicherungs-ordnung vom 16. Juli 1927 und des Reichsgesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 18. Juli 1927 treten mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 ab folgende Änderungen in Kraft:

1. Angestellte (Berufsbeamte, Werkmeister, Handlungsachillen, Bühnen-mitglieder, Musiker, Lehrer, Angestellte in Berufen der Erziehung und der Krankenpflege pp.) unterliegen der Versicherungsspflicht bis zu einer Jahres-arbeitsverdienstgrenze von 3600 Mk., für den Monat 300 Mk. und für den Tag 10 Mk.

Für Hausgewerbetreibende gilt das gleiche, soweit ihnen nicht ein jähr-liches Einkommen in dieser Höhe sicher ist.

2. Die Einkommensgrenze für den Beitritt als freiwilliges Mitglied ist ebenfalls auf 3600 Mk. (300 Mk. monatlich, oder 10 Mk. täglich) festgelegt.

3. Als Grundlohn gilt der auf den Kalendertag entfallende Teil des wirklichen Arbeitsverdienstes. Er wird jedoch nur insoweit berücksichtigt, als er den Betrag von 10 Reichsmark für den Kalendertag nicht übersteigt.

4. Diese Regelung gilt nicht für Lehrlinge ohne Entgelt und Hausge-hilfen pp. bei Dienstverhältnissen, die Kost und Wohnung erhalten. Für diese sind folgende Dienstverhältnisse gebildet:

Klasse A: Lehrlinge ohne Entgelt:
Grundlohn: für den Tag 0,60 Mk.
" die Woche 4,20 "
" den Monat 18,00 "

Klasse I: weibliche Hausgehilfen:
Grundlohn: für den Tag 1,00 Mk.
" die Woche 11,20 "
" den Monat 48,00 "

Klasse II: männliche Hausgehilfen:
Grundlohn: für den Tag 2,70 Mk.
" die Woche 18,90 "
" den Monat 81,00 "

Klasse III: Lehret, Erzieher und Hausdamen:
Grundlohn: für den Tag 4,00 Mk.
" die Woche 28,00 "
" den Monat 120,00 "

5. Die Rassenbeiträge sind auf 7,2 vom Hundert des wirklichen Arbeits-verdienstes bzw. des Grundlohnes festgelegt. Lehrlinge ohne Entgelt zahlen 4,5 vom Hundert des Grundlohnes der Mitgliederklasse A.
Der Beitrag für die Arbeitslosenversicherung beträgt nach wie vor 8 vom Hundert des wirklichen Arbeitsverdienstes bzw. des Grundlohnes. Es sind demnach an Beiträgen zu entrichten:

für Klasse A:	f. den Tag:	f. die Woche:	f. den Monat:
Rassenbeitrag	0,08 Mk.	0,19 Mk.	0,81 Mk.
Beitrag zur Arbeitslosenverf.	0,02 "	0,18 "	0,54 "
zusammen:	0,06 Mk.	0,37 Mk.	1,35 Mk.

für Klasse I:
Rassenbeitrag 0,18 Mk. 0,81 Mk. 3,48 Mk.
Beitrag zur Arbeitslosenverf. 0,05 " 0,34 " 1,44 "
zusammen: 0,17 Mk. 1,15 Mk. 4,90 Mk.

für Klasse II:
Rassenbeitrag 0,20 Mk. 1,36 Mk. 5,88 Mk.
Beitrag zur Arbeitslosenverf. 0,08 " 0,56 " 2,48 "
zusammen: 0,28 Mk. 1,92 Mk. 8,36 Mk.

für Klasse III:
Rassenbeitrag 0,29 Mk. 2,01 Mk. 8,04 Mk.
Beitrag zur Arbeitslosenverf. 0,12 " 0,84 " 3,60 "
zusammen: 0,41 Mk. 2,85 Mk. 12,24 Mk.

Beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung sind auch diejenigen An-gestellten, welche infolge ihres Verdienstes aus der Krankenversicherungspflicht ausgeschlossen, aber noch angestelltenversicherungspflichtig sind. Der Beitrag für diese Personen zur Arbeitslosenversicherung beträgt in jedem Falle

für den Tag	0,26 Mk.
die Woche	2,10 "
den Monat	9,00 "

6. Als Sterbegeld wird beim Tode eines Mitgliedes, soweit Anspruch auf die Mitgliedschaften der Rasse besteht, das 20fache des täglichen Arbeits-verdienstes bzw. des Grundlohnes gezahlt.

7. Hausgehilfen sind vom 1. Oktober d. J. ab von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung nicht mehr befreit.
Bei der Beitragsangeige für Lehrlinge ist unbedingt der schriftliche Lehrvertrag oder die schriftliche Anzeige an die Handwerkskammer nach § 36b der Gewerbeordnung der Rasse vorzulegen.

Breslau, den 28. September 1927.
Allgemeine Ortskrankenkasse zu Breslau.

Mein seit über 30 Jahren bestehendes Spezialgeschäft

Leder-Ausschnitt
bilde ich vom Neumarkt in mein eigenes Geschäft

Altbüßerstraße 51
Waldflora

verloren
Sto Wenzler
Königsplatz

Mein Geschäft ist für
Kunden geöffnet, die
Schulstraße 5, II, 1. St.

Berliner Ehefragödie vor Gericht.

Vor einem Berliner Schwurgericht begann am Mittwoch der Prozeß gegen die 45jährige Frau Frieda Gebauer, der die Anklage zur Last legt, am 12. Oktober 1920 ihren Ehemann, den Kaufmann und Rittergutbesitzer Gebauer, in der Wohnung ihrer Mutter erschossen zu haben. Diese Tat bildete den Abschluß einer 21jährigen Ehe, bei der an sich mindestens die finanziellen Voraussetzungen für eine glückliche Ehe vorhanden waren und die dennoch von Anfang an sich unglücklich gestaltete. Die Frau brachte 70 000 Mark Mitgift in die Ehe mit, das jährliche Einkommen des Mannes belief sich vor dem Kriege auf 150 000 Mark. In der Inflationszeit ging jedoch ein großer Teil des Vermögens verloren, so daß er seine Villa und wertvolle Einrichtungsgegenstände verkaufte. Als der Mann später auch noch sein Rittergut veräußerte, trennte sich die Frau mit ihren Kindern von ihm, da sie sich in ihrer Existenz bedroht fühlte. Zu gleicher Zeit erhielt der Mann Kenntnis davon, daß ihm die Frau seit Jahren untreu war. Mehrere Versuche, wieder zu einer Verständigung zu kommen, schlugen fehl und schließlich leitete der Mann die Ehescheidungs-Klage ein. Gleichzeitig enterbte er seine Ehefrau und seinen 20 Jahre alten Sohn zugunsten der achtjährigen Tochter. Ein Wiedersehen mit Frau und Sohn lehnte er ab, jedoch verabredete er eine Begegnung mit seiner Tochter bei seiner Schwiegermutter. Er traf aber nicht diese, sondern die Frau und den Sohn. Nach Aussage der Angeklagten wollte sie eine Verständigung herbeiführen, der Mann habe ihr aber sofort bei der Begrüßung einen Stoß vor die Brust versetzt. Als er auch den Sohn in eine Ecke stieß, habe sie geglaubt, ihr Mann wolle sie töten. In angeblicher Notwehr habe sie zu einem Revolver gegriffen, den sie vorher auf das Büfett gelegt hatte. Sie gab mehrere Schüsse auf den Mann ab, auch als er schon am Boden lag, so daß er tödlich getroffen wurde. Die Anklage wirft der Frau vor, nach der Tat niemals ein Wort der Reue oder des Bedauerns geäußert zu haben. Bereits im Jahre 1925 habe sie versucht, ihren Mann zum Selbstmord zu treiben und ihr Sohn habe sich dahin geäußert, man müsse den Vater totschicken. Beim Manne selbst ist keine Waffe gefunden worden. Zu der Verhandlung ist eine große Zahl von Zeugen aufgeboden.

Das Untersuchungsergebnis von Schleit.

Das Ergebnis der vom Reichsverkehrsministerium angeordneten Untersuchung über die Ursachen des Flugzeugunglücks bei Schleit liegt nunmehr vor. Danach ist das Unglück die Folge eines Bruches am oberen Beschlag der linken hinteren Flügelstrecke. Bei dem Versuch, mit dem beschädigten Flugzeug eine Notlandung vorzunehmen, habe der Führer für die Sicherheit der Notlandung in unsichriger Weise weitgehende Maßnahmen getroffen; auch ein Brand sei bei dem Aufschlag auf die Erde vermieden worden. Als das Flugzeug sich jedoch der Erde näherte, ist der linke Flügel vollkommen abgebrochen und das Flugzeug stürzte auf den Boden. Bei der Konstruktion des Flugzeuges und bei der Musterprüfung sei die Festigung des gebrochenen Konstruktionsteils auf rechnerischem Wege geprüft und als ausreichend erwiesen worden; die Ausführung habe sich auch im andauernden Betrieb bisher bewährt. Der Bruch des Beschlages müsse daher durch weitere unvorhergesehene Umstände herbeigeführt worden sein. In Frage kämen Materialfehler, Ermüdungserscheinungen durch Schwingungen und Überbeanspruchung durch besonders heftige Motorerschütterungen infolge Propellerschubens. Weitere Prüfungen der Bruchstücke sollen noch näheren Aufschluß ergeben. Soviel steht fest: das Unglück ist weder herbeigeführt durch Sabotage, noch durch einen Bedienungsfehler, noch durch eine Explosion des Motors während des Fluges oder durch einen Vorbereitungsfehler.

Rönnede in Bagdad.

Die Nachricht, daß der deutsche Orientflieger Rönnede bereits am Freitag weitergefliegen ist und seitdem verschollen sei, beruht auf einem Irrtum. Rönnede ist am Dienstag morgen in Angola mit seiner „Germania“ zum Weiterflug aufgestiegen und am Abend in Bagdad glatt gelandet. Am Donnerstag will er seinen Indienflug bis Batavia fortsetzen.

Ein Mediziner als Kaufmann.

Einen schamhaften Handel mit Kokaïn und Morphinpräparaten trieb in Berlin ein cand. med. Pfl., der sich bei Rezepten an Rezeptformulare verhalf, die er sich bei Rezepten anfertigte oder selber drucken ließ und mit gefälschten Unterschriften und Stempeln versehen. Zulezt verurteilte er in der Charité Rezeptformulare zu entwenden, wurde aber erfaßt und festgenommen. Im letzten Monat allein hatte er zwei Kilogramm Kokaïn umgesetzt.

Großfeuer in der A. E. G. in Berlin.



Das Innere des Lichthofes nach dem Brande.

Die Verheerungen im Rheintal.

Die Ueberschwemmung im Fürstentum Lichtenstein hält immer noch an. Die schwer bedrohte Gemeinde Ruggell ist fast vollständig geräumt worden. Mehrere Häuser des Ortes sind vollkommen fortgerissen worden. Außer Schweizerischen Sappeuren, die aus Chur zu Hilfe gekommen sind, sind auch österreichische Truppen eingetroffen, um dem Hochwasser Einhalt zu gebieten und der schwer heimgesuchten Bevölkerung Hilfe zu gewähren.

Im italienischen Hochwassergebiet stürzte bei Foggia ein Militärlastwagen, der die Ortschaft Carpino mit Trinkwasser versorgen sollte, in eine Schlucht ab. Drei Personen wurden getötet, vier schwer verletzt.

Tragödie eines Bären.

In einem Wäldchen in Berlin-Oberschöneweide wurde am Dienstagabend ein Bär ohne Begleitung aufgefunden, der an einen Baum angebunden war. Ein Besucher war nicht auffindig zu machen. Die Polizei benachrichtigte die Leitung des Zoologischen Gartens, die das Tier an eine für die Wäldchen weniger gefährliche Stelle verfrachten sollte. Der Zoo entbande einen seiner Wärter, aber auch dieser wurde mit dem Tier nicht fertig, da sich Meister Bär außerordentlich böseartig gebärdete und bei jeder Annäherung sofort zum Angriff überging. So blieb schließlich nichts anderes übrig, als den Bären am Baum zu erschließen. Die Wildhändler wurden benachrichtigt, und am Mittwoch vormittag fand die Bestattung des toten Bären statt. Obwohl er erst vier Jahre alt gewesen sein soll, lautete das Höchstgebot nur auf 60 Mark.

Ein Wilderer erschossen.

Im Kreise Friedeberg (Neumark) wurde der Besitzer Käding aus Ullensfließ, der als Wilderer bekannt war, von dem Förster Wille beim Wildern ertappt. Der Aufforderung, das Gewehr abzugeben, kam Käding nicht nach, so daß sich ein Kampf entspann. Hierbei soll sich das Gewehr des Försters entladen haben und die Schrotladung dem Wilderer in den Oberkörper gedrungen sein. Da die Schlagader getroffen wurde, starb der Wilderer nach kurzer Zeit.

Hochwasser um Bodensee.

Der Wasserstand des Bodensees ist weiterhin im Steigen. Mittwoch morgen betrug der Wasserstand in der Konstanzer Bucht 510 Meter. Er war also um über 70 Zentimeter höher, als am Sonnabend. Das Wasser beginnt bereits die Ufer zu überfluten und es hat zwischen Radolfzell und Konstanz schon den Bahndamm erreicht. In Kreuzlingen sind die Uferpromenaden und die Hafenanlagen schon stellenweise überspült. Am schwersten sind wieder die tiefer gelegenen Ortschaften am Untersee mitgenommen.

Der Schiffsverkehr zwischen Schaffhausen und dem Untersee mußte eingestellt werden, weil die Schiffe nicht mehr unter den Brücken hindurchfahren konnten. Das Wasser überflutet in Schaffhausen bereits die tiefer gelegenen Straßen und Keller.

Die neuen modernen Müllverbrennungs-Anlagen Amsterdams.

Die neuen Müllverbrennungs-Anlagen Amsterdams sind nach neuesten modernsten Erfindungen auf diesem Gebiete eingerichtet. Die Veratung des Mülls geschieht durch Verbrennung und gut angelegte Ventilations-Apparate lassen keinerlei Geruch entstehen.

Das Steigen des Rheins und des Neckars.

Der Wasserstand des Rheins bei Mannheim ist infolge starken Regensalles in den letzten Tagen mehr als 3 Meter über normal. Die Rheinufer-Anlagen sind zum großen Teil überschwemmt. Auch der Neckar ist stark getrieben und hat das Uferland sowie die Wiesen vollständig überschwemmt.

Eine ganze Familie mit Gas vergiftet.

Nach gewaltsamem Öffnen der verschlossenen Wohnungstür fand man in Peterow Mittwoch vormittag die vierköpfige Familie eines Gutsbesizers erstickt und besinnungslos in den Betten vor. Die beiden Kinder im Alter von drei und fünf Jahren waren bereits tot, während die Eltern noch lebend in das Krankenhaus befördert werden konnten.

Der Leichenfund in Hamburg.

Die im Part Sophienstraße in Hamburg, unter einer Buche vergraben aufgefunden Leiche, wurde als die des 21-jährigen Arbeiters Erwin Wohlau aus Remscheid festgestellt. Als Mörder kommt der 21-jährige in Remscheid gebürtige Andreas Thomas in Frage, der vermutlich unter dem Namen Wohlau leift.

Spritzdiebprozess in Hamburg.

In Hamburg fand Mittwoch die Verhandlung gegen 33 Personen statt, die der verbotenen Einfuhr von Spritz, der Monopolunterziehung, der Urkundenfälschung und der Beihilfe zu diesen Straftaten angeklagt sind. Es handelt sich um 29 200 Liter Feinsprit, der mit der Eisenbahn von Holland nach Deutschland eingeschmuggelt worden war. Während in diesem Schmuggelunternehmen war ein holländischer Konzern, dessen vier leitende Mitglieder sich in Holland in Sicherheit gebracht hatten. Das Gericht trennte das Verfahren gegen fünf Angeklagte ab, sprach sechzehn Angeklagte frei und verurteilte die übrigen zu insgesamt 2 1/2 Millionen Reichsmark Geldstrafe sowie 18 Monaten und 2 Wochen Gefängnis.

Mordversuch am eigenen Kind.

Wegen verurlichter Ermordung seines 7-jährigen Töchterchens wurde der 39 Jahre alte Tagelöhner Georg Helf aus Neu-stadt a. d. Haardt vom Schwurgericht Frankenthal zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte hatte das Kind, das bei der geschiedenen Frau lebte, in einen Wald gelockt und es dort in einen 10 Meter tiefen Steinbruch gestößt. Das Kind hatte dabei schwere Verletzungen erlitten.

Zuchthausstrafe für einen Eisenbahnstrolcher.

Unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils wurde der des Eisenbahnstrolchens angeklagte Dienstmann Cassner vom Landgericht Straubing zu einer Gesamt-Zuchthausstrafe von vier Jahren, sechs Monaten und Ueberlenkung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre verurteilt. Cassner hatte eine Telegraphenstange, Zement- und mehrere Wasserleitungsrohre auf die Schienen gelegt, um einen Schnellzug zur Entgleisung zu bringen und bei einem eintretenden Unglücksfall die Reisenden zu berauben. Die Maschine räumte das Hindernis ab, aber weg. Außerdem hatte Cassner von einer Ueberführung aus, schwere Steine auf den Zug, und bei einem anderen Zug Steine gegen die Fenster geworfen, wobei drei Personen schwer verletzt wurden.

Großfeuer in Wien.

In einer Holzwerkzeugfabrik beim Wiener Arsenal brach Dienstag nachmittag Feuer aus, das rasch um sich griff und etwa 300 Quadratmeter der Barackenanlage beim Arsenal erfasste. Die Löscharbeiten gestalteten sich schwierig, da das Wasser über etwa 400 Meter lange Schlauchgänge herangeführt werden mußte. Nach fast zweistündiger Arbeit konnte das Feuer gelöscht werden.

Der Ausbruch aus dem Olmüher Militärgefängnis.

Im Zusammenhang mit dem Ausbruch der Verbrecher Pecian und Kasparik aus dem Militärgefängnis in Olmütz, sind drei Zivilpersonen verhaftet worden, denen nachgewiesen wurde, daß sie untereinander Abmachungen wegen Unterstützung der Flucht der beiden Verbrecher getroffen haben und sich in der kritischen Zeit in der Nähe des Garnison-gefängnisses befanden, um den Genannten die Flucht zu erleichtern. Diese drei Personen standen in Verbindung mit einem Soldaten, der im Verdacht steht, ebenfalls an den Vorbereitungen der Flucht beteiligt gewesen zu sein.

Ein verunglückter Probeflug des Großflugzeuges Hobbe.

Das Kobrach-Großflugboot „Hobbe“ stieg Mittwoch nachmittag in Ropenhagen zu einem Probeflug über den Sund auf, unter Führung des deutschen Fliegers Ubel. Außerdem befand sich der deutsche Flieger Kern an Bord. Mithin fehlten die Motoren aus und die Maschine kam aus etwa 300 Meter Höhe ins Stürzen. Im letzten Augenblick gelang es Ubel, die Maschine abzufangen. Beim harten Berühren der Wasseroberfläche wurde ein Propeller zerstückelt und ein Flügel aufgerissen. Die beiden Flieger blieben unverletzt.

Neue Verhaftungen wegen des Bombenattentates bei Riga.

Drei italienische Anarchisten, die am 26. August an dem Bombenattentat in Juan-Ves-Pins beteiligt gewesen sein sollten, sind verhaftet worden.

Abflug Thea Rasches.

Bei einem Landungsversuch im Dennison-Lufthafen in Quincy stürzte Thea Rasche mit ihrem Flamingo-Doppeldecker ab. Die Fliegerin blieb unverletzt, jedoch wurde das Flugzeug beschädigt.

Festnahme eines italienischen Anarchisten in Paris.

Bei ihren Nachforschungen nach den Urhebern des Attentats gegen die Eisenbahnstrecke bei Saint-Rambert-tille-Barbe hat die Polizei von Lyon heute einen anarchistischen Agitator italienischer Nationalität namens Balardini festgenommen. Bei einer in seiner Wohnung vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden zahlreiche anarchistische Dokumente und Flugblätter gefunden. Man vermutet, daß Balardini an den geplanten Attentaten gegen die Sonderzüge der amerikanischen Legion beteiligt war.

Zugüberfall in Mexiko.

Nur einigen Tagen hat eine Bande von 400 mexikanischen Räubern den Expresszug aus den Vereinigten Staaten in der Nähe von Acaponeta überfallen. Dabei soll es zu heftigen Kämpfen mit den Banditen gekommen sein. 20 wurden im Kampf getötet, fast ebenso viele, die gefangen wurden, aufgehängt.

Sensationelle Freisprechung eines amerikanischen Kapitäns.

Großes Aufsehen erregt in der Presse die Freisprechung eines amerikanischen Kapitäns in New York, der schwerer Mißhandlung eines auf seinem Schiff als Steward beschäftigten vormaligen britischen Offiziers angeklagt war. Den Klägern zufolge hat die New Yorker Entscheidung im Foreign Office, das bereits früher bei der amerikanischen Regierung bartheleus gemeldet war, jetzt überrascht und es wird als weiteren diplomatischen Schützen gerechnet.